

Zeitschrift für angewandte Chemie.

1901. Heft 39.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Dresden am 29. Mai bis 1. Juni 1901.

I. Sitzung des Gesamtvorstandes am Mittwoch, den 29. Mai

im Conferenzzimmer der Königlich
Technischen Hochschule Mittags
12 Uhr.

Anwesend von Seiten des Vorstandes:
Medicinalrath Dr. E. A. Merck,
Vorsitzender.

Hofrath Dr. H. Caro, stellvertretender
Vorsitzender.

Director Dr. C. Duisberg und
Geheimer Regierungsrath Professor
Dr. M. Delbrück, Beisitzer.

Als Abgeordnete der Bezirksvereine:

Director Dr. Siegmund Kapff für
den Bezirksverein Aachen.

Director Dr. Adolf Zanner für den
Bezirksverein Belgien.

Dr. August Lange und Dr. Herzfeld
für den Bezirksverein Berlin.

Professor Dr. Martin Freund für den
Bezirksverein Frankfurt.

Dr. Adolf Langfurth und Gustav
Zebel für den Bezirksverein Hamburg.

Director F. J. Weineck für den Bezirksverein Hannover.

Professor Dr. Hans Stockmeier für
den Bezirksverein Mittelfranken.

Professor Dr. Felix B. Ahrens und
Dr. Rud. Woy für den Bezirksverein Mittel-
Niederschlesien.

Director Dr. Franz Meyer für den
Bezirksverein New York.

Director F. Russig für den Bezirks-
verein Oberschlesien.

Dr. H. Wimmer für den Bezirksverein
Pommern.

Dr. M. Ulrich und Th. Kyll für den
Bezirksverein Rheinland.

Dr. Karl Goldschmidt für den Bezirks-
verein Rheinland-Westfalen.

W. Steffen für den Bezirksverein an
der Saar.

Dr. Ernst Erdmann für den Bezirks-
verein Sachsen-Anhalt.

Oberbergrath Dr. Heintze für den
Bezirksverein Sachsen-Thüringen.

Dr. Alfons Bujard für den Bezirks-
verein Württemberg.

Professor Dr. Ferd. Fischer und Dr.
F. Engelhorn, der Vertreter des oberrheini-
schen Bezirksvereins, haben ihr Ausbleiben
entschuldigt.

Der Vorsitzende, Medicinalrath Dr. E. A.
Merck, eröffnet die Sitzung um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr,
heisst die anwesenden Mitglieder des Vor-
standsrathes im Namen des Vorstandes will-
kommen und begrüßt insbesondere den zum
ersten Mal an den Berathungen des Ge-
samtvorstandes theilnehmenden Vertreter
des Bezirksvereins New York, Director Dr.
Franz Meyer. Die Vertreter der älteren
Vereine erheben sich zur Begrüssung von
den Sitzen.

Sodann constatirt der Vorsitzende, dass
die Einladung zu der Versammlung und die
Tagesordnung derselben an die Vertreter der
Bezirksvereine und deren Stellvertreter rech-
zeitig versandt worden seien.

Die Feststellung der Stimmenzahl ergiebt,
dass von den anwesenden Abgeordneten der
Bezirksvereine stimmberechtigt sind:

mit 5 Stimmen: Herr Dr. August Lange
(Berlin),

mit je 3 Stimmen: Herr Dr. M. Ulrich
(Rheinland) und Dr. E. Erdmann (Sachsen-
Anhalt),

mit je 2 Stimmen: Herr Professor Dr.
Martin Freund (Frankfurt), Herr Director
F. J. Weineck (Hannover), Herr Director F.
Russig (Oberschlesien), Herr Dr. Karl Gold-
schmidt (Rheinland-Westfalen), Herr Ober-
bergrath Dr. Heintze (Sachsen-Thüringen).

Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder
der nicht über 100 Mitglieder zählenden
Bezirksvereine, die Herren Director Dr. Kapff
(Aachen), Dr. Zanner (Belgien), Dr. A.
Langfurth (Hamburg), Professor Dr. H.
Stockmeier (Mittelfranken), Professor Dr.
Ahrens (Mittel-Niederschlesien), Director
Dr. F. Meyer (New York), Dr. H. Wimmer

(Pommern), Apotheker W. Steffen (Saar), Dr. Bujard (Württemberg) geben bei Abstimmungen und Wahlen je eine Stimme ab.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Vereinsjahr 1900.

Auf die Vorlesung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichtes wird verzichtet; der selbe hat den folgenden Wortlaut:

Geschäftsbericht
des Vorstandes des Vereins deutscher Chemiker
für das Vereinsjahr 1900.

Die Entwicklung des Vereins ist auch im Jahre 1900 eine zufriedenstellende gewesen.

Die Gesammitgliederzahl betrug am
1. Januar 1900 2096
Neugemeldet wurden vom 1. Januar bis
31. December 1900 430
zusammen 2526

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben	15
b) Ausgetreten	105
	120

Daher Mitgliederbestand am 1. Jan. 1901 2406

Seit dem 1. Januar sind an neuen Mitgliedern bis zum 1. Mai angemeldet und aufgenommen 157, während 8 gestorben und 80 ausgeschieden sind. Der Verein zählte daher am 1. Mai d. J. 2475 Mitglieder.

Die Zahl der Bezirksvereine hat sich seit der vorjährigen Hauptversammlung um den Bezirksverein New York vermehrt, so dass sich der Verein nunmehr in 18 Bezirksvereine gliedert, von denen zwei im Auslande befindlich sind.

Am 21. Juni tagte in den Räumen des Chemists-Club in New York eine Versammlung, welche einstimmig die Gründung eines Bezirksvereins beschloss. Dem jungen Vereine traten sofort 34 Mitglieder bei. Zur Zeit gehören diesem, unserm ersten überseeischen Zweigvereine, bereits 75 Mitglieder an.

Möge der neue Verein dazu berufen sein, die Interessengemeinschaft zwischen den deutschen Chemikern diesseits und jenseits des Oceans inniger zu gestalten. Möge er auch beitragen zur Pflege freundschaftlicher und gegenseitig fördernder Beziehungen zwischen der deutschen und amerikanischen Nation.

Von den Mitgliedern des Vereins gehören 2180 den Bezirksvereinen an oder 88,08 Proc. der gesamten Mitgliederzahl gegen 88,4 Proc. in 1899 und 87,5 Proc. in 1898.

Die Vertheilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirksvereine ist die folgende:

	1901	1900	1899
Aachen	40	42	35
Belgien	62	57	45
Berlin	466	450	466
Frankfurt	141	135	120
Hamburg	71	76	70
Hannover	109	110	107
Mittelfranken	43	42	—

	1901	1900	1899
Mittel-Niederschlesien	73	69	—
New York	75	34	—
Oberschlesien	136	136	142
Oberrhein	149	133	104
Pommern	43	38	—
Rheinland	207	180	160
Rheinland-Westfalen	119	114	90
Saar	22	20	22
Sachsen-Anhalt	206	199	191
Sachsen-Thüringen	149	135	104
Württemberg	68	70	65

Die Bezirksvereine: Aachen (10), Frankfurt (26), Hannover (42), Mittelfranken (1), Mittel-Niederschlesien (17), Oberschlesien (6), Rheinland (31), Rheinland-Westfalen (5) und Württemberg (40) besitzen außerordentliche Mitglieder.

Die Jahresberichte der Bezirksvereine geben ein erfreuliches Bild des überall regen Vereinslebens.

Der Bezirksverein Aachen hielt im Jahre 1900 6 Versammlungen ab, in welchen 5 Vorträge gehalten wurden. Ausserdem wurde ein industrielles Etablissement besichtigt.

Der Bezirksverein Belgien hat sich kräftig weiter entwickelt, trotzdem mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden waren. Es fanden 9 Versammlungen statt, von denen 5 in Antwerpen, 4 in Brüssel abgehalten wurden, und ein technischer Ausflug. Der Besuch der Versammlungen war ein guter zu nennen. Die wissenschaftliche Thätigkeit bekundete sich durch 6 Vorträge und zahlreiche Eingänge in den Fragekästen.

Der Versuch des Vereins, die Fachgenossen in Holland, Luxemburg und Nordfrankreich seiner Organisation anzuschliessen, war bisher noch ohne Erfolg, doch wird der Verein bestrebt bleiben, das einmal gesteckte Ziel zu erreichen.

Der Bezirksverein Berlin kann mit dem abgelaufenen Jahr nach jeder Richtung hin zufrieden sein. Der Mitgliederbestand hat sich erheblich vermehrt, die Kassenverhältnisse sind zufriedenstellend, zahlreiche Sitzungen und technische Ausflüge brachten den Mitgliedern geistige Anregung und förderten ihren geselligen Verkehr.

Es fanden 11 ordentliche und eine außerordentliche Sitzung des Bezirksvereines statt, ausserdem wurden 9 technische Werkstätten besichtigt. In den Sitzungen wurden 11 wissenschaftliche Vorträge gehalten, an welche sich zum Theil lebhafte Discussionen anreihen.

Der Bibliothek des Vereins gingen zahlreiche periodisch erscheinende Zeitschriften wie auch einzelne Werke geschenkweise zu. Das Chemiker-Taschenbuch des Vereins erschien neu bearbeitet in vierter Ausgabe.

Die im November 1899 begründete Hülfskasse wurde im Verlaufe des Vereinsjahres für Unterstützungen nicht beansprucht.

Der Bezirksverein Frankfurt ist im abgelaufenen Jahre wieder seiner Hauptaufgabe, welche er sich bei seiner Gründung gestellt hat, treu geblieben. Dementsprechend tragen die Vorträge theilweise einen rein wissenschaftlichen,

theilweise einen praktisch wissenschaftlichen Charakter, berühren aber zum Theil auch die gesellschaftlichen Interessen der Mitglieder.

In 9 durchaus gut besuchten Sitzungen wurden 11 Vorträge gehalten.

Gemeinschaftlich mit der chemischen Gesellschaft in Frankfurt und der Ortsgruppe der deutschen elektrochemischen Gesellschaft stiftete der Verein anlässlich der 100 jährigen Wiederkehr des Geburtstages von Friedrich Wöhler eine Gedenktafel, welche am 10. November 1900 in Eschersheim, dem Geburtsorte Wöhler's, enthüllt wurde. An dem gleichen Tage fand in Frankfurt eine akademische Feier zu Ehren des grossen Chemikers statt.

Zu dem vom deutschen Verein für den Schutz des gewerblichen Eigenthums am 14. und 15. Mai 1900 in Frankfurt veranstalteten Congress für gewerblichen Rechtsschutz hatte der Verein zwei seiner Mitglieder delegirt und eine Summe zur Bestreitung der Unkosten beige steuert.

Im Bezirksverein Hamburg sind im Laufe des Jahres tiefgreifende Veränderungen nicht vorgekommen. Das Vereinsleben war im Allgemeinen ein recht lebhaftes; es wurden ab gehalten: 5 geschäftliche Versammlungen, 3 Commissionssitzungen in der Katalog-Angelegenheit, und, gemeinsam mit den Chemikerverein, 8 Vortragsabende und eine Besichtigung. An den Vortragsabenden wurden 10 Vorträge gehalten.

Das Manuscript des Bibliothek-Kataloges wurde soweit gefördert, dass mit dem Druck begonnen werden konnte.

Bezirksverein Hannover. Das schon in den Vorjahren recht rege Vereinsleben hat im Jahre 1900 eine ausserordentliche Steigerung erfahren.

Die Hauptversammlung, welche vom 6. bis 9. Juni in Hannover tagte, musste die weitesten Kreise der Mitglieder zu thätiger Mithilfe in Anspruch nehmen. Eine grosse Zahl von Ausschüssen war mit den Vorbereitungen zu den Sitzungen, den Vorträgen, den Besichtigungen, der Aussstellung, den Festlichkeiten und den Berichten für die Presse beschäftigt. Die in zahlreichen Sitzungen dieser Haupt- und Unterausschüsse geleistete mühevolle Arbeit ist durch den überaus günstigen Verlauf der Hauptversammlung reichlich gelohnt worden.

In 11 ordentlichen gut besuchten Sitzungen wurden 11 Vorträge gehalten. Von Besichtigungen industrieller Werke nahm der Verein mit Rücksicht auf die Hauptversammlung Abstand.

Unter den anderweitigen Veranstaltungen fanden zwei gesellige Zusammenkünfte der Mitglieder und ihrer Damen, sowie ein Kinderfest im Schlossgarten guten Anklang.

Die regelmässigen wöchentlichen Zusammenkünfte waren durchschnittlich gut besucht.

Der Bezirksverein Mittelfranken kann mit Befriedigung auf sein erstes Geschäftsjahr zurückblicken. Die Mitgliederzahl, welche bei der Gründung 28 betrug, nahm stetig zu und betrug am Ende des Geschäftsjahrs 49.

Der Verein hielt im Laufe des Jahres 5 Wanderversammlungen ab, welche durchweg gut be-

sucht waren. Gelegentlich dieser Versammlungen wurden 5 Vorträge gehalten. Ausserdem fanden zwei Excursionen statt.

Der Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien trat am 4. Februar 1900 mit 62 Mitgliedern in das Leben und steigerte seine Mitgliederzahl im Laufe des Jahres bis auf 69 ordentliche Mitglieder.

Der Bezirksverein hat im Jahre 1900 8 ordentliche Versammlungen abgehalten, davon 7 in Breslau und eine, gemeinschaftlich mit dem Oberschlesischen Bezirksverein, in Oppeln. Ferner wurden 4 Fabrikanlagen besichtigt.

In den Versammlungen wurden 14 Vorträge gehalten. Bei der Hauptversammlung in Hannover trat der Bezirksverein mit dem selbständigen Antrag auf, die chemische Technologie als Nebenfach beim Doctorexamen zuzulassen.

Das rege Interesse, welches sich bei allen Versammlungen des Vereins kund gab, hat die Gründung des Bezirksvereins in jeder Weise gerechtfertigt.

Der Bezirksverein Oberrhein hat ein weiteres erfreuliches Wachsthum zu verzeichnen, indem seine Mitgliederzahl bis auf 149 stieg.

Der Verein hielt 5 Sitzungen ab, von denen drei mit Fabrikbesichtigungen und drei mit Vorträgen verbunden waren.

In der Ortsgruppe Darmstadt fand eine Reihe von zwanglosen Versammlungen statt. Die Ortsgruppe Mannheim kam regelmässig jeden zweiten Dienstag im Monat, die Sommermonate ausgenommen, zusammen. Der von ihr veranstaltete und schon im letzten Jahresberichte erwähnte Vortragszyklus des Herrn Professor Dr. Goldschmidt-Heidelberg über physikalische Chemie erreichte im Februar 1900 seinen Abschluss. Es nahmen beinahe 180 Zuhörer an dieser nachahmungswerten Veranstaltung theil.

Die Goldschmidt'schen Vorträge werden voraussichtlich unter Mitwirkung des Bezirksvereins im Buchhandel erscheinen.

Der Bezirksverein Oberschlesien blickt auf eine Zeit frohen Vereinslebens und arbeitsreicher Thätigkeit auf allen Gebieten zurück, deren Pflege die Satzungen vorschreiben.

Die wissenschaftliche Weiterbildung sowie der persönliche Verkehr der Mitglieder wurde in gleicher Weise gefördert. Auch wurde der Bezirksverein durch die Aufnahme von ausserordentlichen Mitgliedern vielseitiger und lebenskräftiger gestaltet.

Zur Belebung der Vereinstätigkeit wurden 6 Versammlungen abgehalten, deren Besuch meistens ein guter war. Die staatlichen Behörden waren bei diesen Versammlungen stets vertreten, ein Zeichen dafür, dass der Verein es verstanden hat, sich in weitesten Kreisen Freunde zu erwerben. Gelegentlich der Versammlungen wurden 4 grössere Vorträge gehalten, die zum Theil aus Vereinsmitteln beschafft waren.

Behörden und Verwaltungen, Vereine und private Interessenten nahmen gern an diesen grösseren Veranstaltungen theil. Ausser den Wanderversammlungen fand noch eine Excursion statt und eine Anzahl von geselligen Zusammenkünften.

Für die Vereinsbibliothek wurden im abgelaufenen Jahre grössere Neuanschaffungen nicht gemacht. Die Frequenz derselben hat im abgelaufenen Jahre seit ihrem Bestehen die grösste Ziffer erreicht.

In besonders eingehender Weise beschäftigte sich der Bezirksverein mit der Abwasserfrage, welche für Oberschlesien brennend geworden ist, und lieferte werthvolles Material zum Studium dieser Frage an den Hauptverein ab.

Der Bezirksverein Pommern hielt im Berichtsjahre 2 ordentliche Versammlungen und 12 gesellige Zusammenkünfte ab, welche gut besucht waren. Es wurden drei Vorträge gehalten, auch zwei technische Ausflüge unternommen.

Der Bezirksverein Rheinland darf auf das Jahr 1900 mit grösster Befriedigung zurückblicken; stieg doch seine Gesammtmitgliederzahl um mehr als ein Drittel.

Dies erfreuliche Ergebniss ist theils der eifrigen Propaganda des Vorstandes, theils dem regen Eifer der Mitglieder zu verdanken.

Auch die innere Entwicklung des Vereinslebens war recht zufriedenstellend, und besonders erfreuten sich die stets mit Besichtigungen verbundenen Wanderversammlungen eines zahlreichen Besuches.

Es fanden 4 Wanderversammlungen statt, ausserdem wurde ein grösserer Ausflug unternommen.

Versuchsweise wurde eine Ortsgruppe in Elberfeld-Barmen gegründet. Der Antrag des Bezirksvereins, für eine bessere Vorbildung der Chemiker zu sorgen, wurde von der Hauptversammlung in Hannover angenommen.

Der Bezirksverein Rheinland-Westfalen hielt im Ganzen 7 Versammlungen ab und machte einen technischen Ausflug. Bei diesen Versammlungen wurden 5 Vorträge gehalten.

Besonders hervorzuheben ist die Beschäftigung des Vereins mit der Frage: Über die Vereidigung der selbständigen Chemiker durch die Handelskammern.

Der Bezirksverein an der Saar hielt im vergangenen Jahre 3 Versammlungen ab, auf welchen 6 Vorträge gehalten wurden; ausserdem fand ein geselliger Ausflug mit Damen statt. In jedem Monat treffen sich die Mitglieder 2 mal zu geselligen zwanglosen Zusammenkünften in Saarbrücken.

Der Bezirksverein Sachsen-Anhalt hat das erste Decennium seines Bestehens zurückgelegt. Die seit einer Reihe von Jahren üblichen geselligen Monatsversammlungen haben auch im vergangenen Jahre stattgefunden, obgleich ihr Besuch manchmal zu wünschen übrig liess. Neben diesen regelmässigen Zusammenkünften wurden im Laufe des Jahres drei gut besuchte Wanderversammlungen veranstaltet, bei welchen den Mitgliedern 6 Vorträge geboten wurden.

Der Bezirksverein Sachsen-Thüringen hat sich auch im verflossenen Jahre in erfreulicher Weise weiter entwickelt, indem die Mitgliederzahl eine ansehnliche Steigerung erfuhr.

Im Laufe des Vereinsjahres wurden drei

Wanderversammlungen abgehalten, mit drei grösseren Vorträgen und einer technischen Excursion. Versuchsweise wurden regelmässige gesellige Zusammenkünfte in Dresden eingeführt.

Der Bezirksverein Württemberg kann im Jahre 1900 auf eine erfolgreiche Thätigkeit und ein erfreuliches Wachsthum zurückblicken, indem namentlich die Zahl der ausserordentlichen Mitglieder sich stark vermehrte.

Es wurden drei Fabrikbesichtigungen vorgenommen, ferner fand ein Familienausflug statt. In den wissenschaftlichen Sitzungen, welche mit Ausnahme der Sommermonate allmonatlich stattfanden, wurden 27 Vorträge und Mittheilungen gehalten.

Die Finanzlage der sämmtlichen Bezirksvereine ist eine gute zu nennen. Diejenigen Bezirksvereine, welche auch ausserordentliche Mitglieder aufnehmen, haben sich sehr anerkennend über die Vortheile dieser Einrichtung ausgesprochen.

Auch herbe Verluste haben den Verein im Jahre 1900 betroffen, indem er die folgenden 15 Mitglieder durch den Tod verloren hat:

Ed. Claus, Director, Saybusch,

Dr. G. Cropp, Chemiker, Hamburg,

Dr. Bruno Freitag, Fabrikdirector, Schönebeck a. d. Elbe,

Dr. H. Hassenflug, Fabrikdirector, Marburg,

Dr. Oscar Hartmann, Fabrikant, Berlin,

Dr. Arnold Heintz, Generaldirector, Köln,

Hollenberg, Ingenieur, Neustadt,

Ed. Jentzsch, Hüttendirector, Kunigundehütte,

Gottfried Richters, Chemiker, Saarau,

Otto Schnitzler, Chemiker, Schwarzenbeck,

Dr. E. Seippel, Chemiker, Unterbarmen,

Dr. Stalmann, Fabrikdirector, Oker,

Dr. E. Thorn, Handelschemiker, Hamburg,

Otto Vermeulen, Chemiker, Essen.

Seit dem 1. Januar 1901 sind dahingeschieden:

Friedrich Sperling, Fabrikdirector, Puschkowa,

Dr. Carl Höpfner, Fabrikdirector, Hamilton (Canada),

Wilhelm Hilgers, Fabrikant, Köln,

Edmund Weissleder, Oberbergrath, Stassfurt-Leopoldshall,

Dr. Walter von Ohlendorff, Fabrikbesitzer, Hamburg,

Dr. Paul Mohr, Fabrikchemiker, Rübeland,

Dr. Wenglein, Betriebschemiker, Schafflach,

Carl Moldenhauer, Fabrikdirector, Frankfurt.

Der Verein wird seinen dahingeschiedenen Freunden und Vereinsgenossen ein dankbares Andenken bewahren!

Der Rechnungsabschluss vom 31. December 1900 weist einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben im Betrage von 7938,87 Mark auf. Dadurch erhöht sich das Vereinsvermögen auf 34793,56 Mark.

Der Gewinnanteil des Vereins aus dem gemeinsamen Zeitschrifunternehmen mit

der Firma Jul. Springer beträgt für das Jahr 1900 3792,77 Mark. Die Rückstellung dieses Gewinnes zum Zeitschriftenreservefond, welcher zur Zeit 5397,22 Mark beträgt, wird vom Vorstande beantragt.

Die wirthschaftlichen Vortheile, welche der Verein seinen Mitgliedern bietet, wurden ausgiebig benutzt.

Im Jahre 1900 wurden bei der Lebensversicherungs- und Ersparnissbank in Stuttgart auf Grund des bestehenden Vertrages 26 Polices mit 263 000 Mark Versicherungssumme ausgefertigt. Im Ganzen sind seit 1884 154 Polices mit 2 128 000 Mark abgeschlossen worden.

Mit der Frankfurter Unfallversicherungs-Actiengesellschaft wurden im Jahre 1900 29 Versicherungen abgeschlossen mit zusammen 445 000 Mark für Todesfall und 1 034 000 Mark für Invalidität gegen 12 Versicherungen mit 220 000 Mark für Todesfall und 385 000 Mark Invalidität im Jahre 1899.

Die Direction des Waarenhauses für deutsche Beamte berichtet, dass sich bei der grossen Mitgliederzahl eine genaue Angabe nicht machen liesse, wie viele Mitglieder des Vereins Mitglieder des Waarenhauses geworden wären, doch könne festgestellt werden, dass schon eine grössere Zahl von Mitgliedern die Vortheile des Vertrages geniesen.

Es ist zu wünschen, dass die Vortheile, welche die Verträge mit den oben genannten Gesellschaften den Mitgliedern des Vereins bieten, in noch ausgedehnterem Maasse nutzbar gemacht werden.

Die Stellenvermittlung des Vereins ist mit Anfang August 1900 in Wirksamkeit getreten. Die kurze Zeit, während welcher die neue Einrichtung besteht, lässt noch keinen sicheren Überblick darüber gewinnen, ob sich alle Anordnungen bewährt haben und nach welchen Richtungen hin Verbesserungen anzustreben sind. So viel aber lässt sich schon heute feststellen, dass die Einrichtung einem Bedürfniss der Mitglieder entspricht.

Die von der Hauptversammlung in Hannover dem Vorstande überwiesenen Aufgaben wurden in folgender Weise erledigt:

Dem zum Ehrenmitgliede des Vereins ernannten Geheimen Rath Professor Dr. Adolf von Baeyer in München wurde anlässlich dieser Ernennung eine künstlerisch ausgeführte Urkunde überreicht.

Der Verein war auf dem vierten internationalen Congress für angewandte Chemie in Paris officiell durch Herrn Commerciennrath Generaldirector Robert Hasenclever vertreten und hat mit der Deutschen chemischen Gesellschaft, dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands und einigen anderen Vereinen und Verbänden den nächsten internationalen Congress nach Berlin eingeladen.

Den philosophischen Facultäten der Universitäten Deutschlands wurde im December 1900 die Resolution der Hauptversammlung übermittelt, welche eine Berücksichtigung der chemischen Technologie im Doctorexamen wünscht, mit dem folgenden Anschreiben:

„Einer hohen Facultät beeht sich der Vorstand des Vereins deutscher Chemiker nach Beschluss der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins zu Hannover das Gesuch ergebenst zu unterbreiten,

Die technische Chemie in Zukunft als Nebenfach beim Examen rigorosum zulassen und anerkennen zu wollen.“

Der Verein deutscher Chemiker ist seit einer Reihe von Jahren bemüht, eine vertiefte und erweiterte Ausbildung der jungen Chemiker anzustreben, da dieselben im Allgemeinen nicht mehr den grossen Anforderungen gerecht werden, welche unsere chemische Industrie an ihre wissenschaftlichen Hülfskräfte stellen muss, um ihre hohe Stellung im Weltmarkte zu behaupten. Als besonderer Mangel ist bei den auf der Universität ausgebildeten Chemikern stets das Fehlen der erforderlichen Vorkenntnisse in der chemischen Technologie empfunden worden, und doch ist es eigentlich selbstverständlich, dass ein Chemiker nicht nur die Formeln, nach denen sich chemische Umsetzungen vollziehen, kennt, sondern dass er auch weiß, in welcher Weise die Reactionen geleitet werden müssen, damit sie sich praktisch durchführen lassen und die volkswirtschaftliche Bedeutung erzielen, welche ihnen inne wohnt. Namentlich die jungen Leute, welche ihr Leben der chemischen Praxis widmen wollen — und das sind mindestens 90 Proc. aller Chemie Studirenden — sollten beim Eintritt in ihren Lebenslauf wenigstens die Grundzüge der chemischen Technologie kennen, sollten während ihrer Studienzeit die Gelegenheit haben und benutzen, so viel wie irgend möglich sich auf Excursionen in chemischen Fabrikbetrieben umzusehen. Denn was in dieser Beziehung während der Studienzeit versäumt ist, lässt sich später niemals mehr nachholen, da dem bereits in der Thätigkeit Stehenden die Thore fremder Fabriken verschlossen zu sein pflegen.

Es kommt hinzu, dass die Anschauung der technisch ausgeführten Processe rückwirkt auf das Verständniß des in den allgemeinen Vorlesungen über Experimentalchemie Gehörten und Gesehnenen, indem jene unmittelbarer, imponirender und darum nachhaltiger auf die Studirenden wirken und sich darum leichter dem Gedächtniss dauernd einprägen.

Nicht zu unterschätzen ist der hohe pädagogische Werth chemisch-technischer Studien. Die jüngeren Chemiker lernen die Bedeutung sorgfältiger Analysen aus den materiellen Verlusten, die durch Analysenfehler eintreten können, in augenfälliger Weise kennen und werden dadurch angeregt, ihre eigene analytische Ausbildungszeit mit grösserem Eifer auszunutzen, als es höchst bedauerlicher Weise heute fast allgemein der Fall ist.

Sie werden ferner durch das Studium der technischen Arbeitsweise, die sich aller Vortheile, welche die Wissenschaft ihren Zwecken bietet, bedient und zu bedienen genöthigt ist, zu der Erkenntniß geführt, dass sie nur dann Aussicht haben, in der Technik etwas zu leisten und zu erreichen, wenn sie über eine vielseitige, sorgfältige und wissenschaftliche Ausbildung verfügen.

Die Methoden, mit welchen unsere moderne chemische Technik arbeitet, sind in ganz hervorragender Weise geeignet, an der Erziehung unserer Studenten zu tüchtigen „exacten“ Chemikern mitzuwirken.

Aus allen diesen Gründen hat der Verein deutscher Chemiker dahin gewirkt, dass auch die Universitäten mit Lehrstühlen für technische Chemie ausgestattet werden, und der Anerkennung der Berechtigung dieser Gründe verdanken wir es, dass die Regierungen der deutschen Staaten mit der Errichtung chemisch technischer Professuren an ihren Landesuniversitäten begonnen haben. Der Nutzen derselben wird allerdings nur dann in die Erscheinung treten können, wenn von dieser neuen Lerngelegenheit auch allseitiger, ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Leider wohnt nach Übereinstimmung vieler unserer akademischen Lehrer einem sehr grossen Theil unserer heutigen jüngeren Fachgenossen der Trieb inne, nur das zu treiben, worüber sie später in einem Examen Rechenschaft ablegen müssen. So müssen auch wir wünschen, dass eine Prüfung in technischer Chemie eingeführt werde, damit die neuen Lehrstühle auch wirklich ihren bedeutungsvollen Einfluss auf den technischen Nachwuchs ausüben können.

Es wäre demnach sehr erwünscht, dass die technische Chemie als Theil der chemischen Hauptprüfung beim Examen *rigorosum obligatorisch* gemacht würde. Ein solcher Wunsch erscheint indessen so lange schwer erfüllbar, als nicht an allen Universitäten Professoren für technische Chemie vorhanden sind. Deshalb begnügen wir uns vor der Hand damit, der hohen Facultät die dringende Bitte ans Herz zu legen, in ihre Vorschriften für die Ablegung des Doctorexamens für Chemiker die Bestimmung aufzunehmen, dass bei derselben künftig in technischer Chemie als vollgültigen Nebenfach von dem dafür bestellten Docenten geprüft werden darf.

Auf diese Resolution haben die meisten der Facultäten geantwortet, und wird über diese Antworten in der Hauptversammlung berichtet werden.

Die Patentcommission wurde gemäss dem Beschluss der letzten Hauptversammlung gebildet aus den Mitgliedern des Vorstandes und 4 Mitgliedern des Vereins, den Herren: Dr. Diehl-Gross-Lichterfelde, Dr. E. Erdmann-Halle, Dr. Ephraim-Berlin und Dr. Klöppel-Elberfeld. Die Commission hat sich bislang mit Vorfragen beschäftigt und wird, nachdem der Congress für gewerblichen Rechtsschutz in Köln getagt hat, ihre Thätigkeit aufnehmen. Der Verein selbst ist Mitglied des Vereins für gewerblichen Rechtsschutz geworden, und war in entsprechender Weise durch seine Mitglieder in Köln vertreten.

Die Kaiserliche Normal-Aichungs-Commission hat sich an den Verein mit der Anfrage gewendet, ob es angezeigt erscheine, dass neben den Normal-Spindeln, welche die Eintheilung gemäss dem spezifischen Gewicht erhalten, auch noch Aräometer zu aichen sind, welche die Eintheilung nach Graden Baumé führen. Der Verein hat an seine Mitglieder eine eingehende

Rundfrage gerichtet, über deren Resultat in der Hauptversammlung berichtet werden wird.

Die Commission zur Regelung der Gebührenfrage hat im Kaiserlichen Reichsgesundheitsamte in Berlin getagt; bei derselben war der Verein durch seinen Vorsitzenden und Herrn Professor Hintz vertreten. Die Gebührensätze sollen demnächst mit einer Begründung veröffentlicht werden, weshalb heute von einem Berichte und einer sich daran anschliessenden Discussion abgesehen werden muss.

Der Vorstand sah sich veranlasst, zu Folge eines Antrages des Herrn Prof. Fresenius, an den Bundesrath eine Eingabe zu richten, für wissenschaftliche Institute die Verwendung von aus unversteuertem Spiritus hergestelltem Äther und Essigäther zu gewähren. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Im Namen des Vereins deutscher Chemiker gestattet sich der gehorsamst Unterzeichneter einem hohen Bundesrath die folgende Bitte zu unterbreiten:

Der hohe Bundesrath wolle in Würdigung der nachstehenden Begründung eine Abänderung des § 27 der Branntweinstuerbefreiungsverordnung eintreten lassen.

In der Branntweinstuerbefreiungsverordnung von diesem Jahre ist nämlich bestimmt, dass Äther und Essigäther nur aus versteuertem oder aus entsprechend denaturirtem Branntwein hergestellt werden darf. Letzterer darf nur entweder unter steueramtlicher Aufsicht ausgeführt oder im Inlande zu gewerblichen Zwecken verwendet werden. Verkauft darf solcher Äther daher nur werden an Inhaber von Einkaufserlaubnisscheinen.

Solche Erlaubnisscheine sollen indessen nur ausgestellt werden, wenn der Äther, bez. Essigäther zu gewerblichen Zwecken verwendet wird. Seitens der hohen Bundesregierungen wird daraufhin die Ertheilung solcher Scheine an wissenschaftliche Anstalten und an Laboratorien überhaupt, also auch an solche, deren Betrieb als rein gewerblicher anzusehen ist, als unzulässig versagt.

Diese Maassregel bedeutet eine Erhöhung des Atherpreises um 160 Mark pro 100 kg, also um etwa das Doppelte seines bisherigen Marktpreises.

Dass durch diese Umstände der Betrieb vieler Laboratorien, z. B. derjenige der agriculturchemischen Versuchsstationen, der vieler Laboratorien für organische Chemie auf Hochschulen, aber auch der vieler Handelslaboratorien, sowie der staatlichen und städtischen Lebensmitteluntersuchungsämter ausserordentlich vertheutet wird, liegt auf der Hand und kann das Budget einer Anstalt, in welcher fortlaufend grössere Äthermengen benutzt werden, sehr erheblich belasten. Es ist wohl als sicher anzunehmen, dass die Absicht hierzu bei Erlass dieser Bestimmung nicht bestanden hat, dass vielmehr lediglich übersehen worden ist, neben der Verwendung für gewerbliche Zwecke auch bei der Verwendung für wissenschaftliche Zwecke die Steuerfreiheit zu gewähren, wie dies wohl schon ohne Weiteres aus der Analogie mit der Gewährung steuerfreien Alkohols für wissenschaftliche Zwecke hervorgehen dürfte.

Wenn es in diesem Falle möglich gewesen ist, Maassregeln zu treffen, welche gegen missbräuchliche Benutzung des steuerfreien Alkohols, speciell zu Genusszwecken, schützen, so muss dies doch hinsichtlich des Äthers noch viel leichter gelingen, dessen Genuss als Bebrauschungsmittel in Deutschland nur in ganz vereinzelten Fällen und auf eng begrenztem Gebiete nachgewiesen ist. Einen anderen Zweck als die Verhütung missbräuchlichen Genusses kann aber die Versagung der Erlaubniss nicht haben.

Da wir glauben annehmen zu dürfen, dass die betreffende, mit der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen betraute Stelle nicht genügend über den Verbrauch von Äther zu wissenschaftlichen und Untersuchungszwecken unterrichtet war, so geben wir uns der Hoffnung hin, dass es nur dieser Anregung aus den Kreisen der Interessenten bedarf, um eine Abänderung der Branntweinsteuerbefreiungsordnung herbeizuführen.

Wir lassen es dahingestellt, ob es richtiger sein würde, die Herstellung von Äther und

Essigäther aus denaturirtem Alkohol wieder frei zu geben, oder nicht, jedenfalls aber lassen die Verhältnisse eine Abänderung der Vorschriften des § 27 der Branntweinsteuerbefreiungsverordnung dringend geboten erscheinen und zwar derart, dass den wissenschaftlichen und gewerblichen Laboratorien der Bezug von aus steuerfreiem Alkohol hergestelltem Äther und Essigäther gestattet werde.“

Diesem Gesuche ist von Seiten des Bundesrathes entsprochen worden.

Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister zu Halle ist erfolgt.

Der Vorstand hat im abgelaufenen Jahre nur eine Sitzung abgehalten, doch hat ein lebhafter schriftlicher Verkehr zwischen den Mitgliedern des Vorstandes und der Geschäftsführung stattgefunden.

2. Jahresrechnung für 1900, Bericht der Rechnungsprüfer.

Die Jahresrechnung wird gemäss Satz 15 b gedruckt vorgelegt.

Abrechnung des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1900 im Vergleich zur Abrechnung 1899 und dem Haushaltungsplan 1900.

Einnahme	1899		1900		Haushalt.- Plan 1900		Ausgabe	1899		1900		Haushalt.- Plan 1900	
	M.	8.	M.	8.	M.	8.		M.	8.	M.	8.	M.	8.
Beiträge d. Mitglieder	41 020	65	51 275	96	41 000	—	Zeitschrift, goliefert an d. Mitglieder	24 767	65	29 249	—	25 625	—
Zinsen des Vereinsvermögens . . .	1 316	50	945	65	860	—	Zeitschrift für den akademischen Chemiker-Verein	12 50	—	8	—	12 50	—
Zinsen des Conto- Corrents			1 065	60	350	—	Zeitschrift für den österreichischen Chemiker-Verein	12 50	—	12 50	—	12 50	—
							Beitrag zum deutschen Haftpflichtschutzverband	25	—	25	—	25	—
							Beitrag zum internat. Verband für Materialprüfungen d. T.	20	—	20	—	20	—
							Internationaler Congress für 1900	—	—	276 30	300	—	—
							Vorstands- und Ausschusssitzungen	3 093	52	2 007	40	2 000	—
							Rückvergütung an d. Bezirksvereine	5 205	—	6 060	—	5 400	—
							Zuschuss zur Hauptversammlung	1 261	60	600	—	600	—
							Stenograph zur Hauptversammlg.	364	60	300	—	—	—
							Drucksachen, Etat, Abrechnungen, Sonderabzüge etc.	61 90	—	225	25	300	—
							Bureauabdürfnisse des Vorstandes	213	36	96	27	1 000	—
							Drucksachen, Kosten d. Mitgliederverzeichnisses, Satzungen, Eingaben, Berichte etc.	656	50	749	61	800	—
							Versicherungskosten für Werthpapiere	9 30	—	—	—	—	—
							Geschäftsführung:						
							Drucksachen und Porto für Einziehen der Beiträge	401	02	—	—	400	—
							Vergütung für Einziehen der Beiträge	300	—	—	—	300	—
							Geschäftsführer incl. Bureaukosten	3 815	44	5 104	71	3 500	—
							Für unvorhergesehene Fälle und zur Verfügung des Vorstandes	439	55	549	70	615	—
							Überschuss	2 042	31	7 938	87	—	—
								42 337	15	53 287	21	42 210	—

Vereinsvermögen.

			M.	8.
1899	ult. December Bestand	Zugang 1900	26 854	69
			7 938	87
1900	ult. December Bestand		34 793	56

Reservefonds für die Vereinszeitschrift.

		<i>M</i>	<i>s</i>
1900	ult. Mai Bestand	5 897	22
	Zugang aus 1900	3 792	77
1901	ult. Mai Bestand	9 689	99

Anlage, gemäss den effectiv gezahlten Werthen.					Courswerth 15. 5. 1901	
M.					M.	§
3 000	3 proc. deutsche Reichsanleihe				2 922	15
10 000	3 1/2 proc. deutsche Reichsanleihe				10 410	20
6 000	3 1/2 proc. westfälische Provinzialanleihe				6 072	55
9 000	3 1/2 proc. preussische Central-Boden-Credit				8 907	40
20 000	3 1/2 proc. preussische Consols				19 629	35
48 000					47 941	65
						46 954

Die Abrechnung ist von den im vorigen Jahre bestellten Rechnungsprüfern: Max Engelcke, Halle-Trotha und Paul Kobe-Halle geprüft worden und haben dieselben über den Richtigbefund das folgende Protocoll aufgenommen:

„Am heutigen Tage revidirten die Unterzeichneten die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker in Gegenwart des Geschäftsführers Herrn Director Lüty. Es wurden vorgenommen verschiedene Stichproben im Cassa-Journal und Cassa-Buch und Aufrechnung einer grossen Anzahl von Seiten, wobei sich nirgends ein Fehler zeigte. Ferner wurden im Hauptbuche die Conto-Corrente und todten Conten verglichen und aufgerechnet und ergab sich, dass die Saldi richtig auf Bilanzconto und Abrechnungsconto

übertragen sind. Bei Revision des Bankconto wurde festgestellt, dass die durch die pp. Abschlüsse zu verschiedenen Zeiten erscheinenden Verschiebungen richtig in den entsprechenden Jahren verbucht sind.

Der Vermögensbestand betrug am
31. 12. 1899 in Werthpapieren
und bar Mark 26 854,69
hierzu Überschuss des
Jahres 1900 7 938,87

34 792,56

Derselbe wurde nachgewiesen durch beim Bankhaus H. F. Lehmann-Halle niedergelegte Depotscheine der Reichsbank und durch das Conto-Corrent derselben Firma. Ferner wurde das Vorhandensein des Reservefonds der Zeitschrift in Höhe von Mark 5897,22 in gleicher Weise erwiesen.“

Haushaltungs-Plan

des Vereins deutscher Chemiker für 1902 im Vergleich mit dem Haushaltungsplan für 1901.

E i n n a h m e	1901		1902		A u s g a b e		1901		1902		
	M.	S.	M.	S.			M.	S.	M.	S.	
Mitgliederbeiträge, 2500 Mitglieder à 20 M.	46 000	—	50 000	—	Zeitschrift für 2500 Mitglieder à 12,50 M.	28 750	—	31 250	—		
Zinsen d. Vereinsvermögens	1 070	—	1 398	15	den akademisch. Chemiker- Verein Berlin	12	50	—	—		
Zinsen des Conto-Correntes	400	—	600	—	Zeitschrift für den österreich. Chemiker- Verein Wien	12	50	12	50		
					Beitrag zum deutschen Haftpflichtschutz- Verein	25	—	25	—		
					Beitrag zum internationalen Verband für Materialprüfung d. T.	20	—	20	—		
					Beitrag zum deutschen Verein zum Schutz des gewerb'l. Eigenthums	—	—	30	—		
					V. internationaler Congress	—	—	1 000	—		
					Vorstands- und Ausschusssitzungen	2 500	—	3 000	—		
					Rückvergütung an die Bezirksvereine . . .	6 210	—	6 750	—		
					Zuschuss zur Hauptversammlung	600	—	600	—		
					Stenograph zur Hauptversammlung	400	—	400	—		
					Drucksachen, Etats, Sonderabzüge	350	—	350	—		
					Bureaubedürfnisse des Vorstandes	1 000	—	500	—		
					Drucksachen, Kosten des Mitgliederver- zeichnisses	850	—	900	—		
					Kosten der Geschäftsführung	5 000	—	5 500	—		
					Für unvorhergesehene Fälle und zur Ver- fügung des Vorstandes	1 740	—	1 660	65		
	47 470	—	51 998	15				47 470	—	51 998	15

Die Abrechnung schliesst mit einem Überschuss von 7938,87 Mark und beantragt der Vorstand, diesen Betrag wie üblich dem Vereinsvermögen zu überweisen.

Die Versammlung stimmt der Überweisung des Überschusses an das Vereinsvermögen zu und spricht die Entlastung für den Vorstand und den Geschäftsführer für die Kassenführung aus.

Director I. Weineck wird in der Hauptversammlung den Antrag auf Entlastung der Kassenführung stellen.

3. Haushaltungsplan für 1902.

Der Haushaltungsplan, welcher ebenfalls gedruckt vorliegt, wird von der Versammlung ohne Debatte genehmigt.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes.

Vorsitzender: Der Vorstand schlägt Ihnen vor, in diesem Jahre Herrn Geheimrath Professor Dr. Volhard zum Ehrenmitglied zu ernennen (Bravo), und zwar in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um unsere Wissenschaft und in dankbarer Erinnerung an seine langjährige und erfolgreiche Mitwirkung an der Vereinsleitung.

Der Vorschlag wird unter lebhaftem Beifall genehmigt.

Dr. Ernst Erdmann regt an, der Vorstand möge in Zukunft auch hervorragende Vertreter der Industrie zur Ehrenmitgliedschaft vorschlagen und hofft, dass diese Anregung auf fruchtbaren Boden fallen möge (Bravo).

5. Vorstandswahl.

Vorsitzender: Es hat mit diesem Jahre aus dem Vorstand auszuscheiden Herr Hofrath Dr. H. Caro und Herr Director Dr. C. Duisberg, welche beide auf der Hauptversammlung in Hannover auf ein Jahr wieder gewählt wurden. Herr Hofrath Dr. Caro hat zum grössten Bedauern des Vorstandes und gewiss auch der Versammlung erklärt, unter keinen Umständen eine Wiederwahl anzunehmen. Der Vorstand schlägt Ihnen daher vor, Herrn Dr. Duisberg zum zweiten Vorsitzenden und für die zweite freiwerdende Stelle Herrn Director Dr. Krey aus Granschütz zu wählen.

Dr. Langfurth: Ich möchte nochmals fragen, ob es nicht möglich wäre, Herrn Hofrath Caro zu bewegen, dass er noch länger im Vorstande bleibt. Wir sind so viele Jahre unter diesem bewährten Steuermann gesegelt, dass ich doch die Frage ernstlich anregen möchte, ob es denn ganz unmöglich ist, Herrn Hofrath Dr. Caro, wenn er von der Leitung des Vereins als erster

Vorsitzender entbunden ist, doch noch als zweiten Vorsitzenden uns zu erhalten (Bravo). Es ist für uns Alle wünschenswerth, und ich denke, wenn wir uns zusammenthun, und den hochverehrten Herrn Hofrath nochmals bitten, so wird er sich überreden lassen. Ich schlage vor, nochmals einen Sturmlauf auf das jugendliche Herz unseres Herrn Hofrath zu unternehmen. Er hat stets gern und freudig für uns gearbeitet, ich glaube, er thut es noch einmal, wenn wir ihn bitten.

Hofrath Dr. H. Caro: Meine Herren, ich danke recht herzlich für Ihre freundliche Kundgebung; aber ich habe meinen Entschluss wohl überlegt, ich bin jetzt 4 Jahre in Amt und Würden gewesen; keine Arbeitsbürde hat mehr auf mir gelastet, seitdem unser hochverehrter Herr Dr. Merck zum ersten Vorsitzenden ernannt worden ist; also nicht etwa aus Rücksicht auf meine schwache Gesundheit oder meine schwachen Schultern will ich mich ins Privatleben zurückziehen, sondern lediglich aus Rücksicht auf das Vereinsinteresse. Ich glaube ein wenig Einblick in die Vorstandsgeschäfte und das ganze Leben des Vereins gewonnen zu haben und auf Grund meiner Erfahrung habe ich Ihnen bereits im vorigen Jahre erklärt, dass ich es für durchaus nothwendig halte, dass statt meiner eine frischere Kraft in den Vorstand hineinkommt. Der Vorstand muss in seiner Zusammensetzung beständig wechseln; Sie dürfen nicht die Herren im Vorstande alt und grau werden lassen, sonst schlafcn sie ein. Wählen Sie unseren früheren bewährten Vorsitzenden Dr. Krey wieder einmal in den Vorstand; durch seine Wahl verknüpfen wir die Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft. Dass mein Herz und mein Sinn diesem Vereine meiner verehrten Fachgenossen auf immer angehören wird, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen.

Dr. E. Erdmann: So sehr wir den Entschluss des Herrn Hofrath Dr. Caro bedauern, so können wir doch nicht einen zweifellos wohl überlegten Beschluss umstossen wollen. Die Versicherung des Herrn Hofrath Caro, dass er nicht nur mit seinem Herzen auch künftig uns angekören, sondern als Vertreter eines Bezirksvereins thätig sein will, mindert einigermaassen unser Bedauern.

Vorsitzender: Sie können sich denken, dass wir Alle im Vorstande das Ausscheiden des Herrn Hofrath Caro lebhaft bedauern. Wir haben unser Möglichstes gethan, ihn zu halten. Herr Hofrath Caro erklärt definitiv, nicht annehmen zu können; wir müssen also darauf verzichten, so leid es uns thut. Wir schlagen also morgen in der Hauptversammlung vor, als zweiten Vorsitzenden Herrn

Dr. Duisberg und als Beigeordneten Herrn Dr. Krey zu wählen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

6. Wahl von 2 Rechnungsprüfern.

Vorsitzender: Wir schlagen Ihnen dieselben Herren, die bisher fungirt haben, zur Wiederwahl vor: Herrn Max Engelcke, Trotha und Herrn Paul Kobe, Halle.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Vorstandes zu.

7. Feststellung von Ort und Zeit für die Hauptversammlung 1902.

Director Lüty: Nach einer kurzen einleitenden Correspondenz ist der Geschäftsstelle folgendes Einladungsschreiben zugegangen:

Essen, den 25. Januar 1901.

„Im Auftrage des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins des Vereins deutscher Chemiker gestatte ich mir den Verein deutscher Chemiker ergebenst zu ersuchen, seine Hauptversammlung im Jahre 1902 in Düsseldorf abzuhalten.

Diese Einladung erfolgt auf Grund des einstimmigen Beschlusses der am 21. Januar 1901 in Duisburg abgehaltenen Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins, nachdem wir uns zuvor versichert haben, dass der benachbarte Rheinische Bezirksverein nichts gegen unsere Pläne einzuwenden hat. Die zu jener Zeit in Düsseldorf stattfindende Industrie- und Gewerbeausstellung wird für eine grosse Anzahl Vereinsmitglieder einen Hauptanziehungspunkt bilden, so dass wir hoffen, einer freundlichen Erfüllung unseres Wunsches entgegen sehen zu können.

Mehrere grosse Werke des Industriebezirkes haben mir bereits in entgegenkommender Weise ihre Mitwirkung in Aussicht gestellt, und auch die Ausstellungsleitung will uns so weit entgegen kommen, wie ihr dies die Rücksicht, die sie anderweit zu nehmen hat, irgend gestatte.

Der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf hat in einem Schreiben an den Bezirksverein die Absicht, in Düsseldorf zu tagen, mit Freuden begrüßt und im Namen der Stadtverwaltung ausgesprochen, dass auch diese, soviel an ihr liegt, dazu beitragen werde, den Theilnehmern an der Versammlung den Aufenthalt in Düsseldorf so angenehm als möglich zu gestalten. Bei meinem Besuch hat mich derselbe dann ermächtigt, die Einladung zugleich in seinem Namen ergehen zu lassen.

Es bedarf wohl nicht der Versicherung, dass unser Bezirksverein Alles aufbieten wird, um im Falle der Annahme unserer Einladung den Herren Theilnehmern lehrreiche und frohe Stunden zu bereiten und ihnen eine angenehme Erinnerung an die in Düsseldorf verlebten Stunden mit auf den Heimweg zu geben.“

Dr. Goldschmidt: Meine Herren, was ich zu sagen habe, habe ich schriftlich

niedergelegt in dem Brief, den Herr Director Lüty soeben vorgelesen hat. Wir werden es dankbar anerkennen, wenn Sie unserer Einladung Folge leisten, und wir werden uns alle Mühe geben, Ihnen die Tage in Düsseldorf angenehm zu gestalten. Ich hoffe, dass die Festtage bei uns nicht allzu sehr zurückstehen werden hinter denen, die Sie in den letzten Jahren erlebt haben (Bravo).

Vorsitzender: Durch Ihr Bravo haben Sie schon Ihre Zustimmung zu erkennen gegeben und wir brauchen zu keiner Abstimmung zu schreiten. Ich denke, dass wir Alle einstimmig die Einladung mit Freude annehmen.

Director Russig: Ich möchte die Bitte aussprechen, dass uns die Einladungen womöglich etwas zeitiger zugehen. Ein grosser Theil der Mitglieder hat überhaupt keine Einladung erhalten.

Director Lüty: Die Einladungen sind unter doppelter Controle an sämtliche Mitglieder unter Beifügung des neuen Mitgliederverzeichnisses per 1. Mai 1901 versandt worden. Von den 2487 Einladungen sind im Ganzen nur 5 als unbestellbar zurück gekommen. Wenn die Drucksachen nicht in die Hände der einzelnen Mitglieder gekommen sind, so können sie nur auf der Post verloren gegangen sein. Die Einladungen sind volle 14 Tage vor der Hauptversammlung erfolgt.

Oberbergrath Dr. Heintze: Die Versendung des Programmes wird nicht Seitens des festgebenden Bezirksvereins bewirkt, sondern durch die Geschäftsleitung. Es ist dies sehr dankenswerth, doch erscheint es mir nicht richtig, die Versendung des Mitgliederverzeichnisses mit der Versendung der Einladung zu verknüpfen, da letztere hierdurch verzögert wird. Ich halte es daher für richtiger, dass in Zukunft die Einladungen und die Mitgliederverzeichnisse getrennt verschickt werden, selbst wenn dies doppelte Kosten macht. Wenn man eine weite Reise machen soll zur Hauptversammlung, so möchte man doch mindestens 3 Wochen vorher wissen, was geboten wird und ob man sich für die Sache erwärmen kann.

Director Lüty: Zum ersten Mal ist in diesem Jahre das Mitgliederverzeichniss durch die Geschäftsstelle versendet worden, während bislang die Verlagsbuchhandlung das neue Verzeichniss der Zeitschrift beifügte. Der Versuch ist gemacht worden, um eine promptere Zustellung des Verzeichnisses durchzuführen. Ich kann aber auch nicht anerkennen, dass die Mitteilung des Programmes an die Mitglieder zu spät erfolgt, da schon 6 Wochen vorher das volle Pro-

gramm in der Zeitschrift veröffentlicht wird. Diejenigen Herren, welche unsere Zeitschrift lesen, werden auch in der Lage sein, von den Darbietungen der Hauptversammlung frühzeitig Kenntniss zu nehmen.

Dr. Herzfeld: Am Abend des 1. Juni steht auf der Tagesordnung der Deutschen chemischen Gesellschaft ein Vortrag über ein Thema, dass die meisten von Ihnen interessiren wird. Die Berliner Mitglieder unseres Vereins würden daher wohl mit Freuden diesem Vortrage beiwohnen. Ich glaube, es würde eine Kleinigkeit für den Vorstand sein, dahin zu wirken, dass die Deutsche chemische Gesellschaft nicht gerade an den Tagen, wo wir noch festlich versammelt sind, solche Specialvorträge halten lässt.

Vorsitzender: Der Vorstand nimmt die Anregung dankbar entgegen.

8. Berichte des Vorstandes.

a) Eintragung in das Vereinsregister.

Director Lüty: Sie haben im vorigen Jahre beschlossen, die Eintragung in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht Halle vorzunehmen. Diesem Beschluss ist Folge gegeben worden. Von Seiten des Amtsgerichts liegt das folgende Schreiben vor:

„Auf Anordnung des Kgl. Amtsgerichtes werden Sie benachrichtigt, dass die Anmeldung des Vereins deutscher Chemiker in das Vereinsregister zugelassen ist und die Statuten gemäss § 61 B.G.B. an die hiesige Polizeiverwaltung zur Erklärung abgegeben sind.“

Die Erklärung der Polizeiverwaltung liegt noch nicht vor, doch dürfte gegen unsere Statuten nichts einzuwenden sein, weil das Amtsgericht selbst die Statuten auf ihre Zulässigkeit geprüft hat.

b) Vereinszeitschrift.

Director Lüty: Die Abrechnung der Vereinszeitschrift, welche in diesem Jahre vorliegt, bezieht sich auf die Jahrgänge 1898 bis 1900, indem von den beiden ersten Jahrgängen noch eine Anzahl von Exemplaren zur Auslieferung gelangte, welche im Ganzen 662,34 Mark erbrachten, während der Vertrieb der Zeitschrift in diesem Jahre 6800,54 Mark ergab. Hierzu treten noch 132,66 Mark sonstige Einnahmen, so dass also die Zeitschrift im Ganzen 7885,84 Mark erbrachte, von welcher Summe 3792,77 Mark auf den Verein entfallen.

Der Vorstand hat in diesem Jahre Herrn Geheimrath Prof. Dr. Delbrück und den Geschäftsführer beauftragt, die Bücher des Zeitschriftenunternehmens zu revidieren, und gestatte ich mir Ihnen den von mir gefertigten Revisionsbericht zu verlesen.

„Die Revision der Bücher wurde wie in früheren Jahren vorgenommen. Im Hauptbuche wurden einzelne Posten herausgesucht und dann festgestellt, ob sich diese Posten richtig aus den Nebenbüchern und den Originalbelägen aufbauen lassen. Sämtliche Stichproben, welche sich erstreckten auf die Belastung über Papier zum Text, Papier zum Umschlag, Druckerlohn, Buchbinderlohn und Honorare, ergaben die vollständige Übereinstimmung des Hauptbuches mit den Belägen.“

Weiter wurde festgestellt, dass es auch im Jahre 1900 nicht an ausgedehnten Bemühungen gefehlt hat, neue Inserate für die Zeitschrift zu erwerben. Diese Bemühungen haben auch bis zu einem gewissen Grade Erfolg gehabt, doch entspricht die Einnahme aus den Inseraten immer noch nicht der Bedeutung der Zeitschrift und der grossen Auflage derselben. Die nachfolgenden Zahlen veranschaulichen das Anwachsen der Einnahmen aus den Inseraten in den letzten acht Jahren:

Die Zeitschrift erscheint alle 14 Tage	Die Zeitschrift erscheint alle 8 Tage
1898 5 186,27	1897 6 472,46
1894 5 645,80	1898 10 475,30
1895 5 704,17	1899 11 769,79
1896 5 596,27	1900 15 795,28

Die Einnahmen aus den Inseraten haben sich also bei der Wochenschrift beinahe verdreifacht.

Um ein Bild zu bekommen, in welchem Verhältniss die Inserate zu den Füllinseraten und den Leistungen für den Verein stehen, wurde eine Zusammenstellung für die Jahre 1899 und 1900 aufgestellt.

Diese Zusammenstellung ergibt die folgenden Zahlen:

	1899	1900	1901 bis incl. Heft 13
Anzeigen-Seiten .	338	496	136
Füllinserate . . .	17,25	21,25	9,25
Beilagen . . .	24	24	4
Sitzungskalender .	—	24,25	6,50
Stellenvermittlung	—	4,50	5

Der Absatz der Zeitschrift hat sich wie folgt gestaltet:

	Post	Buchhandel	Verein	Total
1898, 1	55	685	1632	2372
	2	51	1632	2311
	3	50	1660	2389
	4	47	1660	2390
1899, 1	52	677	1954	2633
	2	52	1954	2691
	3	53	1973	2709
	4	53	1973	2714
1900, 1	59	721	2303	3083
	2	60	2303	3076
	3	52	2317	3093
	4	59	2317	3095

Die durchschnittliche Auflage betrug im Vergleich zum Verkauf:

Quartal	1899			1900		
	Auf-lage	Ver-kauf	Über-schuss	Auf-lage	Ver-kauf	Über-schuss
1 . .	3166	2683	483	3634	3083	551
2 . .	3108	2691	417	3600	3076	524
3 . .	3154	2709	445	3558	3093	465
4 . .	3104	2714	390	3558	3095	463

Hieraus ergibt sich, dass im Jahre 1899 ca. 444 Exemplare der Zeitschrift mehr gedruckt als verkauft wurden, im Jahre 1900 dagegen ca. 500 Exemplare oder 13,85 Proc. und 13,94 Proc. der gesamten Auflage. Dieser Überschuss erscheint sehr gross und verringert naturgemäss das Erträgniss der Zeitschrift ganz bedeutend, weil dadurch der Verbrauch an Papier, der Druckerlohn u. s. w. bedeutend steigt, während die auf Lager gelegten Exemplare ohne Werth einzusetzen sind. Es erscheint natürlich nothwendig, einen Überschuss zu drucken, weil immer wieder einzelne Jahrgänge wie auch einzelne Hefte nachgefordert werden, jedoch braucht dieser Überschuss nicht so gross zu sein, wie es augenblicklich der Fall ist. Das schnelle Wachsthum des Vereins hat wohl zu einer Überhätzung der Auflage geführt. Nach meinem Dafürhalten würde es vollkommen genügen, wenn 200 Exemplare mehr gedruckt werden, als der Vertrieb des letzten Quartals ergeben hat.

Im Jahre 1899 wurden durchschnittlich 3144 vollständige Exemplare gedruckt, welche abzüglich Porto 11,83 Mark Selbstkostenpreis pro Exemplar ergaben, entsprechend 13,78 Mark Selbstkostenpreis des verkauften Exemplars. Im Jahre 1900 stellte sich der Selbstkostenpreis bei 3588 Exemplaren auf 12,30 Mark oder pro verkauftes Exemplar auf 14,29 Mark.

Hieraus ergibt sich zur Genüge, dass, wenn ca. 250 Exemplare weniger gedruckt worden wären, eine nennenswerthe Ersparniss eingetreten wäre. Auf jeden Fall bleibt es höchst zweifelhaft, dass sich die Bestände, welche zur Zeit bei der Verlagsbuchhandlung lagern, realisiren lassen.

In den Beständen befinden sich nach Angabe der Verlagsbuchhandlung im März 1900 220 Exemplare des Jahrganges 1898 und 250 Stück des Jahres 1899, während im März 1901 von den Jahrgängen 1898 und 1899 je 180 Exemplare und von 1900 220 vorhanden waren. Die letztere Zahl ist geschätzt, da die Hefte noch nicht zu vollständigen Jahrgängen vereinigt sind.

Es erscheint nothwendig, so weit wie irgend möglich an den Ausgaben für die Zeitschrift zu sparen, weil die Kosten für Papier, die Löhne für Drucken, Buchbinderarbeit u. s. w. steigen. Die Preise für Papier waren im Jahre 1900 noch die gleichen wie für 1899, doch werden die Fabriken für 1901 nicht mehr zu dem gleichen Preise liefern. Schon im September 1900 trat eine Erhöhung um eine Mark ein, so dass die 1000 Bogen nunmehr für Textpapier 18,48 Mark, für den Umschlag dagegen 16 Mark kosten.

Die Druckerei erhält für die vermehrte An-

wendung von Petitdruck seit dem 1. Januar 1901 ebenfalls eine erhöhte Entschädigung.

Gegenwärtig wird für jedes innerhalb Deutschlands wohnende Mitglied des Vereins an Porto ausgegeben 2,60 Mark, für jedes Mitglied im Postbezirk Berlin dagegen 1,56 Mark. Im Falle, dass die Versendung der Zeitschrift durch Postüberweisung geschieht, würde per Exemplar zu zahlen sein 0,79 Mark, ferner eine Bestellgebühr von 0,48 Mark, also in Summa 1,27 Mark. Es würde daher erspart bei einem Mitgliede im Bestellbezirk Berlin 0,29 Mark, bei einem Mitgliede im übrigen Deutschland 1,33 Mark. Für die 300 Mitglieder des Vereins, welche im Auslande wohnen, käme eine Portoersparniss nicht in Frage. Die gesammte Ersparniss würde also betragen:

300 Mitglieder Berlin à 0,29 Mark	87,00 Mark
1800 Mitglieder à 1,33 Mark . .	2394,00 -
Hierzu 10 Proc. von obiger Ersparniss als Generalia . . .	248,10 -
	2729,10 Mark

Hierzu würde als weitere Ersparniss treten der Wegfall der Streifbänder und der Couverts, die Kosten für die Versendung und das Verpacken der Hefte, das Aufkleben der Adressen, Frankiren und dergl. m. Die Verlagsbuchhandlung schätzt diese Ersparnisse jährlich auf 1070 Mark, so dass also eine Totalersparniss von 3800 Mark zu erzielen wäre.

Dieser Ersparniss steht die Mehrarbeit gegenüber, welche mit den Überweisungen verbunden ist.

Ehe sich der Verein für die Einführung der neuen Versendungsart entschliesst, müssen reiflich die Vortheile und Nachtheile in Erwägung gezogen werden, welche entstehen.

1. Die Zeitschrift kann erst dann zur Versendung kommen, wenn der Mitgliedsbeitrag voll gezahlt ist, weil sonst der Verein pro Exemplar 12,50 M. verliert, da ein überwiesenes Exemplar nicht zurückgezogen werden kann.

Die Satzungen des Vereins bestimmen, dass der jährliche Beitrag im Laufe des ersten Monats eines jeden Jahres portofrei an den Geschäftsführer einzusenden ist. Dementsprechend werden ca. 90 Proc. der Mitgliederbeiträge in den Monaten Januar, Februar und März gezahlt. Soll die Zeitschrift durch Überweisung versendet werden, so muss die Post bis zum 5. December im Besitz der entsprechenden Listen sein, es müssen daher die Beiträge bis zu diesem Termin gezahlt sein. Da sich aber nicht annehmen lässt, dass die Mitglieder freiwillig die Früher-Zahlung der Beiträge vornehmen werden, würde eine Satzungsänderung erforderlich werden, welche die Zahlung des Jahresbeitrages auf die Monate October/November verlegt.

2. Sobald ein Mitglied seinen Wohnsitz ändert, ist der Post eine Überweisungsgebühr von 0,50 Mark zu zahlen. Es tritt nun die Frage auf, wer diese Überweisungsgebühr zahlen soll, das Mitglied, der Verein oder das Zeitschriftenunternehmen. Auch hier würde sich die Nothwendigkeit herausstellen, eine Bestimmung zu treffen, welche besagt, dass der Verein die Zeitschrift nur franco liefert an denjenigen Ort, welchen das Mitglied bei der Beitragszahlung

als Lieferungsort angiebt. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Wohnungsänderungen, welche zur Kenntnis der Geschäftsstelle kamen, 545; dieselbe würde also einer Überweisungsgebühr von 272,50 Mark entsprechen.

3. Es entstehen Schwierigkeiten, wenn ein Mitglied seinen Wohnsitz ändert, ohne die Überweisung der Zeitschrift selbst zu beantragen. Nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen ist das Postamt nicht verpflichtet, einen Antrag auf Überweisung nach einem anderen Orte Seitens der Verlagsbuchhandlung anzunehmen, da der Antrag vom Bezieher selbst zu erfolgen hat. Dies führt aber leicht zu weitgehenden Correspondenzen zwischen der Verlagsbuchhandlung, dem Postamt und dem Mitgliede.

4. Der Verein und die Verlagsbuchhandlung verlieren durch die Postüberweisung die Übersicht über die Adressen der Vereinsmitglieder.

Dieser Punkt ist aber von ganz besonderer Wichtigkeit für den Verein, weil ihm dadurch die Adressen der Mitglieder verloren gehen für das Einziehen der Beiträge und die Aufstellung des Mitgliederverzeichnisses. Es ist zu befürchten, dass der Verein jährlich noch mehr Mitglieder verlieren wird, als es zur Zeit leider schon der Fall ist.

Bei Aufstellung der Abrechnung des Zeitschriftenunternehmens für 1900 hatte die Verlagsbuchhandlung von dem Werthe der ausgelieferten älteren Jahrgänge eine Vertriebsprovision von 10 Proc. gekürzt. Die Geschäftsführung hatte diese ungerechtfertigte Kürzung in dem Schreiben an den Vorstand vom 6. April hervorgehoben und hatte der Vorstand seine Übereinstimmung mit der Ansicht der Geschäftsführung kund gegeben. Herrn Springer wurde hiervon mündlich am 10. Mai und schriftlich am 17. Mai Kenntniss gegeben, auch wurde hervorgehoben, dass die gleiche Kürzung im Jahre 1899 erfolgt sei. Durch Schreiben vom 21. Mai erkennt die Verlagsbuchhandlung an, dass sie nicht berechtigt ist, die 10 Proc. Spesen nochmals zu kürzen. Dementsprechend werden für das Jahr 1900 69,46 Mark und für das Jahr 1899 53,20 Mark zurückvergütet, von welchen Summen die Hälfte dem Verein zu gute kommt.

Das Ergebniss des Zeitschriftenunternehmens beträgt daher für den Verein 3731,44 Mark plus 61,33 Mark, zusammen 3792,77 Mark.“

Der Vorstand beantragt, wie in den vorhergegangenen beiden Jahren, den Anteil des Vereins an dem Reinertrag der Zeitschrift mit 3792,77 Mark dem Zeitschriftreservefond zu überweisen.

Vorsitzender: Sie wissen, dass wir vor die Frage gestellt werden können, unsere Zeitschrift zu einem bestimmten Preise zu erwerben. Wir haben jetzt im Reservefond für diesen Zweck beinahe 10000 Mark angesammelt. Ich hoffe, dass der Betrag immer noch grösser werden wird.

Hat Jemand gegen den Antrag des Vorstandes etwas einzuwenden? Wenn nicht, so erkläre ich den Antrag für genehmigt.

Director Russig fragt an, wie weit die Verhandlungen über die neue Versendungsart der Zeitschrift im Postzeitungsverkehr gediehen sind.

Fritz Springer: Ich bin gewiss dafür, wenn Ersparnisse bei der Expedition vorgenommen werden können, aber ich kann mich der Anregung, die neue Versendungsart anzuwenden, nicht ganz anschliessen. Ich habe die Bedenken, die ich gegen die beabsichtigte Versendungsart habe, in einem Schreiben an den Herrn Geschäftsführer dargelegt und sehe ich mit Freuden, dass ein Theil meiner Ausführungen in dem Bericht verwerthet ist. Zur Durchführung der Maassregel gehören aber langwierige Vorarbeiten.

Vorsitzender: Es ist vielleicht besser, wenn die Angelegenheit erst eingehender im Vorstand berathen wird (allgemeine Zustimmung), ehe der Verein bindende Entschlüsse fasst. Der Vorstand wird Alles thun, die Sache so einzurichten, wie es für den Verein am vortheilhaftesten ist.

Mit Rücksicht auf Herrn Springer, welcher bald abreisen muss, schlage ich vor, Position 11. Antrag des Bezirksvereins Rheinland vorwegzunehmen.

Der Antrag lautet: „Um die Redaction in ihren Bemühungen, die Vereinszeitschrift zu heben, zu unterstützen, und den Mitarbeitern und Referenten gegenüber unabhängiger, als sie es persönlich sein kann, zu machen, wählt die jährliche Hauptversammlung eine Publications-Commission, welche mit den Herren Redacteuren Mittel und Vorschläge, die „Zeitschrift für angewandte Chemie“ zu einem führenden Journale von internationaler Bedeutung zu machen, in erster Linie zu berathen und daneben die Redaction bei Schwierigkeiten, welche sich bezüglich Aufnahme, Abfassung u. s. w. von Manuscripten ergeben, zu unterstützen hat.“

Hofrat Dr. H. Caro: Der Vertreter des Bezirksvereins Rheinland hat bereits seine Bereitwilligkeit erklärt, auf eine vom Vorstand gewünschte redactionelle Abänderung des vorliegenden Antrages einzugehen. Ich gestatte mir nur den Unterschied zwischen der ursprünglichen Fassung des Antrages und derjenigen, die der Vorstand vorschlägt, Ihnen kurz zu bezeichnen. Der Bezirksverein Rheinland ist von dem Streben ausgegangen, den Vorstand möglichst in seinen Bemühungen um die Hebung der Vereinszeitschrift zu unterstützen. Wie sie wissen, ist die Zeitschrift zur Hälfte Eigenthum der Firma Jul. Springer, zur Hälfte Eigenthum des Vereins. Die beiden Associés haben ein besonderes Zeitschriftenunternehmen gegründet und Herr Dr. Wenghöffer ist von Beiden

zu ihrem verantwortlichen Redacteur ernannt worden. Zwischen den beiden Associés besteht eine gewisse Arbeitstheilung, derart, dass die Firma Springer die Fürsorge für den rein geschäftlichen Theil der Zeitschrift übernimmt und namentlich den Inseratentheil besorgt, dagegen fällt die Fürsorge für den geistigen Inhalt der Zeitschrift dem Vorstand des Vereins deutscher Chemiker zu. Um nun in dieser Angelegenheit den Vorstand zu unterstützen, hat unser Bezirksverein Rheinland den obigen Antrag gestellt.

Offenbar hat dem Antragsteller die Publicationscommission der Deutschen chemischen Gesellschaft vorgeschwobt. Diese ist aber nicht für unser Zeitschriftunternehmen geeignet. Es kann bei uns nicht eine ausserhalb des Vorstandes stehende Commission gebildet werden, die direct über dessen Köpfe hinweg die Redaction unterstützt und bei vorkommenden Differenzen einerseits mit dem Redacteur, andererseits mit den Autoren sich ins Benehmen zu setzen hat. Wir können nur an eine Commission des Vereins denken, die dem Vorstande berathend und begutachtend zur Seite stehen soll, während der Vorstand nach wie vor die einzige Instanz bleibt, die zu beschliessen hat, wenn Wünsche oder Beschwerden bezüglich der Redaction im Vereine auftauchen. Ein derartiger Redactionsbeirath würde gewissermaassen ein Fühler sein, den der Verein hinaussteckt. Die Mitglieder dieses Beirathes würden aus allen Theilen des Vereinsgebietes oder auf Grund ihrer eigenen persönlichen Erfahrungen dem Vorstande Wünsche übermitteln, die auf die gedeihliche Entwicklung der Zeitschrift gerichtet sind, oder solche Wünsche sichten, prüfen und begutachten, die dem Vorstande aus dem Vereine zugehen und die der Vorstand in seiner schwachen numerischen Zusammensetzung doch nicht immer so sachgemäss prüfen kann, wie eine grössere Commission von Sachverständigen. Der Vorstand empfiehlt also statt der beantragten Publicationscommission die Bildung einer ständigen Commission, die eine berathende und begutachtende Thätigkeit auszuüben hat, niemals aber eine beschliessende, deren autoritatives Gewicht aber ein so grosses sein muss, dass ihr Rath von dem Vorstande nicht bei Seite gesetzt werden kann. Andererseits können auch Fälle eintreten — sie sind bei der vorsichtigen und umsichtigen Redaction des Herrn Dr. Wenghöffer sehr selten oder kaum eingetreten — es können aber Fälle eintreten, in denen es zu Differenzen zwischen Redacteur und Autor kommt; namentlich, wenn dem Redacteur ein Aufsatz zu lang oder nicht ganz der Tendenz unserer Vereinszeit-

schrift entsprechend erscheint. In solchen Fällen entscheidet natürlich zunächst Herr Dr. Wenghöffer; wird aber seine Entscheidung angezweifelt, so haben die Autoren das Recht, sich beschwerdeführend an den Vorstand zu wenden, und in solchen Fällen kann es nun auch wünschenswerth sein, dass dem Vorstand die Möglichkeit gegeben ist, eine gutachtliche Äusserung von einem ständigen Redactionsbeirathen einzuholen.

Von den dargelegten Gesichtspunkten ausgehend, würde sich also eine andere und den thatsächlichen Verhältnissen besser entsprechende Fassung für den vorliegenden Antrag empfehlen, und es fragt sich zunächst, ob der Herr Vertreter für den Bezirksverein Rheinland mit dem folgenden Wortlaut einverstanden ist:

„Die Hauptversammlung beauftragt den Vorstand, einen Redactionsbeirath zu bilden, der ihn im Interesse einer den Vereinszwecken förderlichen Entwicklung der Vereinszeit- schrift durch Rath und Vorschläge unterstützen soll“.

Die Vereinszwecke sind hier besonders betont, weil sie durch unsere Satzungen festgelegt sind.

Dr. Ulrich: Der Antrag ist von dem Rheinischen Bezirksverein aus dem Bestreben gestellt worden, die Zeitschrift möglichst in die Höhe zu bringen, da sie unverkennbar der Nerv des Vereins ist. Ich kann mich daher als Vertreter des Bezirksvereins auch mit der Fassung, die Herr Hofrath Caro dem Antrag gegeben hat, vollständig einverstanden erklären, da hoffentlich dieser Antrag zu demselben Ziele führen wird, den der Antrag in der Fassung des Rheinischen Bezirksvereins bezweckt.

Th. Kyll spricht ebenfalls seine Zustimmung zu der veränderten Fassung des Antrages aus.

Dr. Herzfeld: Wenn ich den Vorschlag richtig verstanden habe, so soll nach wie vor der Vorstand die autoritative Behörde sein, die zu bestimmen hat. Dieser Vorstand hat aber jetzt schon einen Beirath in dem Vorstandsrathe; hat irgend Jemand einen Wunsch in Bezug auf die Ausgestaltung der Zeitschrift, so kann er sich an den Vorstand wenden. Der Vorstand wird die Anregung dem Vorstandsrath unterbreiten und die einzelnen Mitglieder des Vorstandsrathes werden die Sache in ihrem Bezirksverein besprechen, auf breitesten Grundlage ohne jede neue Commission. Ich würde daher vorschlagen, von der Wahl einer Commission abzusehen, die vielleicht alle Jahre nur einmal in Thätigkeit tritt.

W. Steffen und Dr. Langfurth wider-

sprechen der Auffassung des Herrn Dr. Herzfeld und treten für den Vorschlag des Herrn Hofrath Caro ein.

Hofrath Dr. H. Caro: Der Vorschlag des Herrn Dr. Herzfeld erscheint mir schon aus dem Grunde nicht annehmbar, weil der Vorstandsrath dann eine berathende und beschliessende Behörde in einer Person sein würde. Sie, meine Herren Mitglieder des Gesammtvorstandes, sind ja die oberste Vereinsinstanz. Sie haben in vielen wichtigen Fragen über die Beschlüsse des engeren Vorstandes zu entscheiden, während die Redactionscommission nach meinen früheren Erläuterungen dem Vorstand nur berathend zur Seite stehen kann. Kommt es durch den Meinungsaustausch zwischen dem Vorstande und den Mitgliedern des Redactionsbeirathes zu irgend einer durchgreifenden Änderung in der Gestaltung der Zeitschrift, so sind wir ja verpflichtet, Ihnen zuvor davon Mittheilung zu machen. Dann ist Ihre Zeit gekommen, sich darüber zu äussern und mit ja oder nein zu beschliessen, ob der Vorschlag des Vorstandes durchgeführt werden soll oder nicht.

Es sollen ferner nur solche Mitglieder in die Commission gewählt werden, die in fortwährender Fühlung mit der Publicistik stehen, und dies ist doch nicht der Fall bei allen Mitgliedern unseres Vorstandsrathes. Schliesslich wechselt der Vorstandsrath alljährlich in seiner Zusammensetzung, während wir darauf bedacht sein müssen, die einmal für unseren Redactionsbeirath gewonnenen Fachautoritäten ständig darin zu erhalten. Wenn Sie glauben, dass eine solche Commission schwerfällig arbeiten würde, so bin ich nicht dieser Ansicht. Die Commission wird ihre eigene Geschäftsordnung feststellen, wird sich einen Vorsitzenden wählen, der die Reihenfolge bestimmt, in der die Eingänge bei den Collegen circuliren u. s. w. Es können wichtige Fragen auftreten, z. B. ist es wünschenswerth, den Referatentheil beizubehalten, zu verringern oder zu vermehren? Ist es wünschenswerth, die Referate nach gewissen Richtungen hin auszudehnen, nach anderen Richtungen hin einzuschränken? Es könnte sich ferner fragen, ob wir allgemeine grosse Übersichten über Specialgebiete mehr als bisher haben wollen, ob wir Originalartikel aus allen Gebieten der angewandten Chemie aufnehmen oder uns eine Beschränkung auferlegen sollen. Über solche und andere principiellen Fragen würde von Zeit zu Zeit die Commission berathen. Kommt einmal eine ernsthafte Differenz zwischen Redacteur und Autor vor, bei der der Vorstand sich dem Verfasser gegenüber in einer peinlichen

Lage befinden würde, weil vielleicht der Verfasser nicht die wissenschaftliche Autorität oder die Unbefangenheit einzelner Mitglieder des Vorstandes anerkennt, oder weil er selber eine grosse Fachautorität ist, da wird der Vorstand sich an seine Commission wenden und diese wird mit ihrem ganzen Gewicht die streitige Frage entscheiden und dem Vorstand ein abschliessendes Urtheil ermöglichen. Schon die Thatsache, dass eine solche Instanz existirt, wird von Segen für die Zeitschrift sein und ihr Ansehen in allen Fachkreisen heben.

Dr. Herzfeld: Ich will gar nichts Neues, sondern ich will, dass der Vorstand nach wie vor seines Amtes waltet und nicht nur von einer Commission unterstützt wird, sondern von dem ganzen Verein. Wenn irgend ein Vereinsmitglied eine gute Idee hat, so hat es auch das Recht, an den Vorstand zu kommen, und der Vorstand wird die Sache prüfen. Wenn die Herren, die man in die Commission wählen will, neue Ideen haben, so können sie auch heute schon an den Vorstand herantreten. Der ganze Verein muss an der Hebung der Zeitschrift arbeiten.

Hofrath Caro: Dass der ganze Verein an der Förderung der Vereinszeitschrift arbeiten soll, das ist unser aller Herzenswunsch, das würde ein idealer Zustand sein. Nehmen wir an, dass dieser ideale Zustand eingetreten sei, dann werden so viele Vorschläge beim Vorstande einlaufen, dass ihm dann eine sachverständige Begutachtung derselben erst recht erwünscht sein wird. Der eigentliche Grund, weshalb der Vorstand überhaupt den vorliegenden Antrag in der von ihm vorgeschlagenen Fassung unterstützt und nicht aus eigener Machtvollkommenheit sich einen redactionellen Beirath wählt, ist dieser:

In Satz 15 Ziffer f der Satzungen ist festgestellt, dass die Hauptversammlung sich beschäftigt mit der Wahl von Ausschüssen nach Bedarf. Es muss also, nachdem einmal das Bedürfniss zur Bildung eines Redactionsbeirathes vorhanden ist, in der Hauptversammlung darüber Beschluss gefasst werden, ob der Verein einen solchen Ausschuss einsetzen will, denn es sind für den Verein auch finanzielle Verpflichtungen damit verbunden. Ich möchte also bitten, dass wir den Antrag des Bezirksvereins Rheinland in der von den Antragstellern selbst adoptirten Fassung annehmen und morgen in der geschäftlichen Sitzung der Hauptversammlung zur Annahme empfehlen.

Vorsitzender: Es ergreift Niemand mehr das Wort. Hat Jemand etwas gegen den Antrag in der Form, wie er von Herrn Hofrath Caro vorgetragen worden ist, einzubringen?

wenden? — Wenn nicht, so ist der Antrag erledigt.

c) Bericht über die Stellenvermittlung.

Der Bericht über die Stellenvermittlung liegt schriftlich vor und wird daher auf die Verlesung verzichtet. Der Bericht lautet wie folgt:

Bericht über die Stellenvermittlung.

„Die Stellenvermittlung des Vereins deutscher Chemiker wurde Ende Juli 1900 eröffnet.

Am 26. und 27. Juli wurde ein Rundschreiben, welches die Mittheilung von dieser Eröffnung enthielt, an sämtliche Mitglieder des Vereins übersendet und zugleich die Bitte ausgesprochen, im Bedarfsfalle die neue Vereins-einrichtung zu benutzen. Dem Rundschreiben lag die Geschäftsordnung für die Stellenvermittlung bei.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, in welcher Weise die Stellenvermittlung bislang benutzt wurde:

Monat	Angebotene Stellungen	Besetzt gemeidet	Verfallen ohne Meldung	Stellen- sucher
August . .	7	4	3	20
September . .	—	—	—	10
October . .	2	1	1	10
November . .	2	1	1	6
December . .	2	—	2	7
Januar . .	7	4	3	16
Februar . .	3	2	—	11
Zusammen	23	12	10	80

Von den angebotenen Stellungen ist noch eine zur Zeit unbesetzt.

Von den Stellensuchern liessen 29 das Stellengesuch verfallen, nach drei Monaten, ohne irgend eine Meldung an die Geschäftsstelle gelangen zu lassen, 4 der abgelaufenen Stellengesuche wurden erneuert. 17 Stellensucher meldeten, dass sie Stellung gefunden hätten, während 30 Gesuche am 1. März noch unerledigt waren.

Von vornherein hat sich herausgestellt, dass die Formulare sowohl von den Stellengebern wie auch von den Stellennehmern höchst mangelhaft ausgefüllt werden.

Die Stellengeber präzisieren gewöhnlich nicht exact die Anforderungen, welche sie an den gesuchten Chemiker stellen wollen, lassen auch für gewöhnlich die Gehaltfrage offen.

Die Stellensucher, namentlich die jüngeren, scheinen meist nicht zu wissen, was sie eigentlich wollen. So werden namentlich im Formular übertrichtene Gehaltsforderungen gestellt, während der Bewerber bei Veröffentlichungen von Stellenangeboten sich nachher bereit erklärt, für geringeres Gehalt zu arbeiten.

Durch derartige Unvollkommenheiten werden Schwierigkeiten für die Geschäftsstelle, namentlich bei der Classification, erzeugt, welche vielleicht dahin führen, dass den Stellengebern ungeeignetes Material überwiesen wird.

Die Erfolge der Stellenvermittlung entsprechen bislang in keiner Weise der grossen Mühe und Arbeit, welche auf dieselbe verwen-

det werden muss. Der Grund für diesen Misserfolg ist hauptsächlich in der Thatsache zu suchen, dass die Basis nicht breit genug ist, auf welcher die Stellenvermittlung aufgebaut wurde. Die Beschränkung auf die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker begrenzt den Kreis der Stellengeber ebenso gut wie den Kreis der Stellensucher. Diese Beschränkung fällt namentlich deshalb so sehr ins Gewicht, weil die Stellengeber, die dem Verein angehören, sich nur zum kleinsten Theil der Stellenvermittlung bedienen.

Es würde daher im Interesse der Stellensucher liegen, wenn die Stellenvermittlung auch diejenigen Stellengeber horanzeige, welche nicht dem Verein deutscher Chemiker angehören. Es könnte dies in der Weise geschehen, dass die Geschäftsstelle durch Übersendung der Geschäftsordnung und eines entsprechenden Anschreibens ihre Dienste zur Vermittelung bei Chiffreannoncen anbietet, wie dies auch Seitens anderer Vereine geschieht.

Um weitere Kreise für die Stellenvermittlung zu interessiren, erscheint es angebracht, die Stellenvermittlung auch in anderen Fachblättern anzukündigen, z. B. in der Chemischen Industrie, der Chemiker-Zeitung und dergl. m. Es erscheint nicht nothwendig, diese Annoncen allwöchentlich erscheinen zu lassen, ein Hinweis auf die Existenz der Stellenvermittlung ab und zu würde sicherlich genügen.

Andererseits wird der Kreis der Stellensucher durch die Beschränkung auf den Verein deutscher Chemiker zu Ungunsten der Stellengeber bedeutend beschränkt. Die besser bezahlten Stellungen in der Industrie und den Laboratorien werden gewöhnlich in Folge persönlicher Bekanntschaft, Empfehlung von befreundeter Seite und dergl. Beziehungen besetzt. Sie scheiden daher für gewöhnlich aus dem Geschäftskreise der Stellenvermittlung des Vereins aus. Die mittleren und kleineren Stellungen sind es, welche von der Stellenvermittlung profitieren wollen und für welche der Stellengeber die Hilfe des Vereins beansprucht. Die jungen Leute, welche die Hochschule verlassen, die jungen Chemiker, welche die erste Stelle wechseln wollen, sind für gewöhnlich nicht Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker. Man kann aber auch nicht gut verlangen, dass sie Mitglieder werden, nur um die Stellenvermittlung des Vereins zu benutzen, weil dies zu theuer werden würde. Lassen wir aber alle diese jungen Chemiker unberücksichtigt, so bieten wir dem Stellengeber nicht genügend Material und können daher nicht erwarten, dass er den einmal vergeblich bei der Stellenvermittlung gemachten Versuch wiederholt.

Andererseits ist in Erwägung zu ziehen, dass der Verein sich einen Nachwuchs von neuen Mitgliedern schafft, wenn er die jungen Leute durch seine Einrichtungen bald in Stellung bringt.

Die Kosten, welche die Stellenvermittlung verursacht, sind gering, da die Arbeitsaufwendung der Geschäftsstelle, die Anzeigen in der Vereinszeitschrift nicht in Rechnung gestellt werden

können. Die Anzeigen in der Zeitschrift sind für den Verein kostenlos, da gemäss Associe-
vertrag alle Veröffentlichungen des Vereins un-
entgeltlich erfolgen. Daher bestehen die Kosten
für die Stellenvermittlung nur aus den Aus-
gaben für die nothwendigen Formulare und den
Ausgaben für Porto. Die nachstehende Tabelle
zeigt die Einnahmen und Ausgaben gemäss der
jetzt geltenden Geschäftsordnung:

Einnahmen	Ausgaben
August . 90,15 Drucksachen . 185,—	264,64
September 49,25 Porto Rundschr. 74,56	2,76
October . 37,30 Porto	55,08 17,47
November 25,20 Couverts	15,55 4,25
December 35,51 Porto	1,92 3,90
Januar . 81,20	8,21
Februar . 49,10	6,38
	367,71
	307,61

Die Stellenvermittlung hat demnach in den sieben Monaten ihres Bestehens ihre Kosten getragen und einen Überschuss gegeben von Mark 60,10. Dieser Überschuss wird naturgemäss von Monat zu Monat anwachsen, da die Formulare, welche die Hauptausgaben veranlassen haben, für eine lange Zeit noch ausreichen. Da der Verein mit der Stellenvermittlung kein Geld verdienen will, erscheint es vollkommen angebracht, wenn zu Gunsten der Theilnehmer an der Stellenvermittlung Schritte unternommen werden, welche die Aussichten bei der Benutzung dieser Institution vermehren.

Hierzu wäre eine Veränderung der jetzigen Geschäftsordnung nothwendig und dürften dabei die folgenden Gesichtspunkte in Frage kommen:

1. Anzeigen über die Stellenvermittlung des Vereins deutscher Chemiker werden auch in der Zeitschrift für die chemische Industrie Deutschlands, der Chemiker-Zeitung und nach Bedürfniss in anderen Zeitschriften veröffentlicht, um das Interesse für die Stellenvermittlung in weitesten Kreisen wach zu halten.

2. Die Geschäftsführung wird ermächtigt, auf Chiffreannoncen, welche in den oben genannten Zeitungen erscheinen, Vermittlungsangebote durch Übersendung der Geschäftsordnung und eines entsprechenden Circularschreibens zu machen.

3. Die Stellenvermittlung bleibt nicht beschränkt auf die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker, sondern wird ausgedehnt auf alle Stellengeber und Stellensucher, welche unserem Fache angehören.

4. Die Kosten für die Stellenvermittlung des Vereins deutscher Chemiker werden auf die Vereinskasse übernommen, ferner ein entsprechender Posten im Haushaltungsplane ausgeworfen, während die besondere Buchführung, welche zur Zeit besteht, in Wegfall kommt.

5. Die Nichtmitglieder des Vereins können die Stellenvermittlung nur gegen Zahlung von Gebühren benutzen, welche im Allgemeinen die Selbstkosten der Einrichtung decken sollen. Hierzu sind Gebührensätze in Aussicht zu nehmen, welche den jetzt vorhandenen Gebührensätzen wenigstens entsprechen."

Dr. E. Erdmann: Ich glaube, sehr stolz kann unser Bureau auf die Resultate, die

mit der Stellenvermittlung erzielt worden sind, nicht sein. Die lebhaften Bedenken, die der Bezirksverein Sachsen-Anhalt seiner Zeit gegen die schematische und bureauristische Ausführung der Stellenvermittlung erhoben hat, sowie dagegen, dass der Kreis der Arbeitgeber auf die Mitglieder der Vereins beschränkt ist, erscheinen jetzt vollständig gerechtfertigt. Besonders bedenklich ist der Umstand, dass 23 Stellenangebote vorlagen und davon nur 12 besetzt worden sind, obwohl 80 Stellensucher vorhanden waren. Das ist ein Zeichen, dass die Maschinerie nicht gut functionirt hat, dass die Arbeitgeber unzufrieden waren mit dem gebotenen Material oder aber mit der Form, in der es ihnen angeboten worden ist. Das letztere finde ich bestätigt durch Privatmittheilungen, die mir aus den Kreisen der Arbeitgeber zugegangen sind. Vor allen Dingen wird der Mangel jedes persönlichen Elementes von dem Stellengeber unangenehm empfunden. Nach meiner Ansicht lässt sich die Sache auf die Dauer in der bisherigen Weise nicht fortsetzen.

Dr. Goldschmidt: Ich muss in erster Linie hervorheben, dass jedes persönliche Element bei der Mittheilung der Bewerbungen fehlt. Man erhält keinen Eindruck über die Persönlichkeit; dazu gehört ein persönliches Schreiben, aus dem allein ich beurtheilen kann, was für eine Persönlichkeit ich vor mir habe. Ich erinnere an den grossen Hamburger Verein vom Jahre 1858, der Kaufmännische Stellen vermittelte; dort kann ich aus der Art und Weise, wie die Leute sich melden, sehr wohl sehen, wes Geistes Kind Jemand ist. Aus den wenigen ausgefüllten Formularen ist nichts zu ersehen.

Director Lüty: Die Herren Erdmann und Goldschmidt erheben hier Vorwürfe über die Stellenvermittlung, haben sich aber offenbar nicht der Mühe unterzogen, unsere Verhandlungen vom vorigen und vorvorigen Jahre noch einmal eingehend durchzugehen. Im vorigen Jahre ist festgestellt worden, dass die Stellenvermittlung vollständig unpersönlich sein soll, dass die eigenen Schriften des Bewerbers auf keinen Fall den Stellengebern eingehändigt werden sollen. Es wird also nur der Geschäftsordnung entsprochen.

Ich selbst bedaure es lebhaft, dass die Stellensucher die Angaben in den Formularen allzu kurz abfassen, obgleich ich stets darum bitte, die Formulare möglichst ausführlich auszufüllen. Nach meinem Dafürhalten liegt der geringe Erfolg der Stellenvermittlung zum Theil darin, dass die Stellensucher Angaben machen, die einerseits nicht der Wahrheit entsprechen, andererseits nicht weit genug in die Einzelheiten gehen. Es war voraus-

zusehen, dass bei der Neueinrichtung der Stellenvermittlung sich Anstände ergeben würden. Ich bin dankbar für die Mittheilungen aller Schäden, welche sich zeigen, und nehme mit Freuden jeden Verbesserungsvorschlag, welcher sich durchführen lässt, zur Kenntniss.

Bei der Einführung der Stellenvermittlung haben sämmtliche Mitglieder die Geschäftsordnung erhalten, zugleich mit dem Er-suchen, im Bedarfsfalle die Vermittelung des Vereins in Anspruch zu nehmen. Dennoch bleibt die Zahl der einlaufenden Stellenangebote sehr gering, obgleich in der Vereinszeitschrift immerwährend auf die Vermittelung des Vereins hingewiesen wird.

Es erscheint natürlich, dass mehr Stellensucher vorhanden sind als Stellengeber, ja ich kann behaupten, für die Vermittlungsstelle erscheint es nur angenehm, wenn dieses Verhältniss bestehen bleibt. Die Stellengeber füllen die ihnen übersendeten Formulare häufig auch derartig kurz aus, dass es für den Geschäftsführer fast zur Unmöglichkeit wird, unter den vorliegenden Bewerbungsschreiben eine sachgemäße Auswahl zu treffen. Hier wäre vor allen Dingen zu wünschen, dass eingehendere Angaben an die Geschäftsstelle gelangen, um dieser die Auswahl zu erleichtern. Empfängt aber der Stellengeber die ausgefüllten Formulare, so sollen diese nur die allgemeinen Umrisse geben, welche Vorbildung und Ausbildung der Bewerber erfahren hat, geordnet nach festliegenden Gesichtspunkten. Der Stellengeber ist dann in die Lage versetzt, Zeugnisse einzufordern, die angegebenen Referenzen zu benutzen und sich auf diese Weise durch directe Correspondenz den persönlichen Eindruck zu verschaffen, welchen die beiden Herren Voredner vermissen. Auf jeden Fall ist es leichter, die schematisch geordneten Bewerbungen zu sichten, als dies bei den Offerten, welche auf Annoncen gegeben werden, zu erreichen ist.

Andererseits ist nicht zu vergessen, dass die Vermittelung des Vereins im Grossen und Ganzen schneller Offerten besorgt, als auf dem gewöhnlichen Wege durch die Annonce zu erreichen ist.

W. Steffen: Ich muss den Ausführungen des Herrn Geschäftsführers beistimmen und zunächst bemerken, dass die Anforderungen, die von einzelnen Herren hier vorgebracht worden sind, von der Geschäftsstelle unmöglich erfüllt werden können. Wenn Jemand einen Chemiker sucht, so genügt zunächst eine allgemeine Angabe: ob der Bewerber eine ältere oder jüngere Persönlichkeit ist, welche Stellen er eingenommen hat u. s. w.

Alles übrige muss der Stellengeber durch Correspondenz mit der betreffenden Persönlichkeit herauszufinden suchen. Es ist eben leichter, Vorwürfe zu machen, als Besseres zu leisten.

Dr. Duisberg: Ich möchte zu Gunsten der Stellenvermittlung sprechen, weil ich auch, und zwar ganz gute Erfahrungen mit dieser neuen Einrichtung gemacht habe. Sie können überhaupt von der Stellenvermittlung für Chemiker nicht dasselbe erwarten wie von einer Stellenvermittlung für Kaufleute. Zwischen beiden sind grosse Unterschiede. Wir sind im vorigen Jahre den Vorschlägen des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt nicht gefolgt, weil wir nicht wollten, dass ein College über einen anderen Collegen in Angelegenheiten, wo es sich um dessen Existenz handelt, richten soll. Wir haben deshalb das rein mechanische System dem persönlichen vorgezogen und von dem ersteren können wir nicht mehr fordern, als es leistet. Herr Dr. Goldschmidts sagt: „Unsere Stellenvermittlung muss schneller arbeiten“. Ich habe nichts dagegen, wenn dies möglich ist, aber ich kann nicht behaupten, dass Annoncen in einer Zeitung schneller zum Ziele führen. Zwar erhält man dann schon nach wenigen Tagen Stösse von Bewerbungsschreiben, aber die letzten Meldungen kommen doch erst nach Wochen. Bei hunderten von solchen Meldungen, unter denen nur wenige passende und brauchbare sind, kann man eine richtige Entscheidung nur dann treffen, wenn zuvor Auszüge in schematischer Weise, wie wir sie bei einer Stellenvermittlung direct erhalten, gemacht werden. Ich suche mir also in dem einen wie in dem anderen Falle einige passende aus und trete jetzt in directe persönliche Fühlung mit einem der Bewerber. Genügt mir der erste nicht, so schreibe ich an einen zweiten, genügt aber auch der nicht, an einen dritten. Selbstverständlich sind unsere Bestimmungen noch verbesserungsfähig. Wir können z. B. unsere Stellenvermittlung auf Stellengeber ausdehnen, die nicht Mitglieder unseres Vereins sind, und vor allen Dingen auf Stellensucher, wie die jungen Chemiker, die von der Hochschule kommen, denen 20 Mark Mitgliedsbeitrag zu viel ist. Also wenn Sie wollen, erweitern Sie in dieser Richtung, aber seien Sie vorerst zufrieden mit den Resultaten, die bis jetzt erzielt worden sind. Besser ist es, Sie warten noch ein Jahr. Wenn sich dann herausstellt, dass Änderungen notwendig sind, so wird Ihnen der Vorstand schon mit Vorschlägen nähertreten.

Ein Schlussantrag wird unterstützt.

Dr. Erdmann: Meine Beschwerden, die sich gegen die Institution der Stellenvermitte-

lung richten, müssen wir hier vorbringen. Der schwerste Punkt einer Verbesserung der Stellenvermittlung scheint mir darin zu liegen, dass der Arbeitgeber einen gewissen persönlichen Eindruck von den Bewerbern erhalten muss.

Director Lüty: Ich möchte Sie bitten, lassen Sie, wie der Vorstand Ihnen vorschlägt, die Sache ruhig noch dieses Jahr gehen. Sie bekommen im nächsten Jahre frühzeitig einen Bericht und der Vorstand wird seine Vorschläge machen. Die Schlussfolgerungen, welche ich in meinem Berichte schon jetzt gezogen habe, zeigen Ihnen den Weg, nach welcher Richtung die Stellenvermittlung des Vereins verbesserungsfähig ist.

Hiermit wird dieser Gegenstand verlassen.
d) Gebührenordnung.

e) Bericht über die Antworten der philosophischen Facultäten auf die Eingabe des Vereins, die chemische Technologie als Nebenfach im Rigorosum vorzulassen.

Vorsitzender: Über diese beiden Gegenstände wird in der geschäftlichen Sitzung ein Referat erstattet werden. Die Versammlung ist daher wohl einverstanden, wenn wir heute beide Punkte nicht berühren.

f) Abwasserfrage.

Vorsitzender: Hierüber hat der Herr Professor Dr. Fischer das Referat übernommen. Herr Professor Fischer ist aber plötzlich krank geworden und wird daher Herr Director Russig für die geschäftliche Sitzung der Hauptversammlung das Referat übernehmen. Wir könnten also auch diesen Gegenstand verlassen, falls Niemand eine Bemerkung dazu zu machen hat.

Dr. Goldschmidt: Ich möchte folgenden Antrag stellen:

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker ermächtigt den Vorstand, für die nächsten 5 Jahre jährlich bis zu 1000 M. für die preussische Centralstelle für die Angelegenheiten der Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung auszugeben.“

Die Schwierigkeit auf dem Gebiete der Abwasserfrage ist Ihnen Allen bekannt, so dass ich kein Wort darüber zu verlieren brauche. Die Unmöglichkeit für den Einzelnen, auch nur in jedem einzelnen Falle festzustellen, in welcher Weise die Abwasser gereinigt werden sollen, hat eine Anzahl von Männern, die an der Verwaltung von Gemeinden, Bergwerken und Fabriken betheiligt sind, bewogen, einen Antrag bei der preussischen Regierung zu stellen, eine staatliche Centralstelle zu schaffen, in welcher diese Fragen erörtert und erledigt werden können. Diese Anregung ist bei der preussischen Re-

gierung auf fruchtbaren Boden gefallen und bereits im Etat für 1901/02 findet sich eine Summe von etwa 410 000 M. zur Errichtung einer derartigen Centralstelle. Es war bereits in dem Antrag an die Regierung eine Unterstützung dieser Centrale von Seiten der Interessenten vorausgesehen; diese Anregung ist selbstverständlich bei der bekannten Sparsamkeit der preussischen Regierung auf fruchtbaren Boden gefallen und der Herr Minister hat erklärt, dass er dieser Angelegenheit sehr sympathisch gegenüber stehe. Es sind nun eine Anzahl Interessenten und Vereine aufgefordert worden, Beiträge zu leisten. Es sind das der Verein deutscher Ingenieure, der Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine, der Verein deutscher Gas- und Wasserfachmänner, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, der Verein der deutschen Zuckerindustrie, die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, das Syndicat der vereinigten Kaliswerke, der Verein der Spiritusfabrikanten, der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Verein deutscher Papierfabrikanten, Verein deutscher Zellstofffabrikanten, Verein deutscher Gerber, Deutscher Brauerverband u. s. w. Ausserdem ist die Aufforderung an eine grosse Anzahl Städte ergangen; von diesen Städten haben bereits 28 einen Beitrag zugesagt, während 31 abgelehnt haben und andere noch abwartend bei Seite stehen. Die Idee ist nun, dass diejenigen Vereine und Gemeinden, welche einen Beitrag zu dieser Centralstelle leisten sollen, einen eingetragenen Verein mit einem Vorstande bilden und dieser Vorstand, mit Geldbewilligung in der Hand, hat mit der Staatsregierung gemeinsam zu arbeiten und wird dementsprechend Gelder für bestimmte Zwecke bewilligen. Die Gelder müssen natürlich auf längere Zeit festgelegt werden, da, wenn überhaupt etwas geleistet werden soll, eine längere Dauer der Arbeit gesichert sein muss. Man hat sich zunächst auf 5 Jahre geeinigt. Der Verein deutscher Ingenieure hat einen Zuschuss von 2000 M. in Aussicht gestellt, das Kalisyndicat 600 M., die Städte haben grössttentheils einen halben Pfennig pro Kopf der Bevölkerung in Aussicht gestellt, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hat sehr grosse Ideen; er will 20 000 M. anwenden, ist aber noch zweifelhaft, ob er sich dieser Centralstelle anschliessen, oder aber mit anderen grossen wirtschaftlichen Verbänden zusammen eine eigene Privatstelle gründen soll. Mein Nachbar, Dr. Duisberg, ruft mir zu: „Sehr richtig“; mir ist zweifelhaft,

ob das sehr richtig ist. Die Frage hängt zusammen mit der Correction der Flussläufe, der Staugerechtsame u. s. w.; man braucht die Mitwirkung der staatlichen Behörden und eine staatliche Behörde wird viel mehr Unterstützung finden wie eine Privatstelle. Wir können jedenfalls mit dem Beitrag, den wir aufbringen, kaum in Aussicht nehmen, bei einer Privatanstalt eine führende Rolle zu erlangen, während ich glaube, dass wir in der geplanten Centralstelle wohl einen Einfluss werden erringen können, zumal unser Verein keine rein wirthschaftliche Interessenvertretung ist, sondern das, was er beiträgt, rein wissenschaftliche Leistungen sein würden.

Es mag auffällig erscheinen, dass ein Antrag gestellt wird, dass unser Verein, der eine Landesgrenze nicht kennt, einen Beitrag zahlen soll für eine preussische Anstalt; ich möchte aber in der Beziehung darauf aufmerksam machen, dass im Reichstage am 13. März 1899 bei dem Bundesrath ein Antrag gestellt worden ist, er möge eine Commission einsetzen, welche die Verunreinigung der Flüsse durch Fäkalien im Allgemeinen prüft. Der Bundesrath hat beschlossen, einen Reichsgesundheitsrath mit folgender Befugniss einzusetzen: Derselbe soll zunächst eine vermittelnde Thätigkeit üben und gutachtliche Vorschläge machen, wo mehrere Bundesstaaten in Frage kommen; er soll ferner bei Streitigkeiten zwischen den einzelnen Bundesstaaten den Schiedsspruch abgeben, weiter durch Vermittelung des Reichskanzlers auf bestehende Übelstände aufmerksam machen. Endlich haben die Bundesstaaten untereinander sich geeinigt, nichts endgültig zu erledigen, bevor sie nicht das Gutachten des Reichsgesundheitsrathes eingeholt haben.

Bei der Configuration Deutschlands wird ja Preussen bei fast allen diesen Fragen eine Hauptrolle spielen, denn fast alle Ströme fliessen schliesslich durch Preussen hindurch; Baden, Würtemberg sind auf den preussischen Rhein angewiesen, Sachsen auf die Elbe. Preussen wird aber in erster Linie immer zurückgreifen auf die eben gegründete, vorläufig noch sehr schwach dotirte Centralstelle, und ich möchte in Folge dessen vorschlagen, dass wir als Verein deutscher Chemiker uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, hier ein Wort mitzusprechen. Obgleich wir freilich rein wirthschaftliche Interessen nicht fördern und unsere Mittel nicht dafür vorhanden sind, möchte ich doch bitten, den Vorstand zu ermächtigen, jährlich bis 1000 Mark dafür auszugeben. Wir würden dieses Geld weniger ausgeben für die wirthschaftliche Erledigung der Abwasser-

frage, als dafür, dass unser Verein mit seinem Gelde an hervorragender Stelle an einer derartigen Einrichtung mitwirkt. Ich möchte bitten, dass der Vorstandsrath diesen Antrag morgen bei der Hauptversammlung unterstützen wolle. Ich erachte die Frage für dringlich, denn die Stelle ist jetzt in der Bildung begriffen, wenn wir zu lange warten, fürchte ich, dass wir den Anschluss verfehlten.

Th. Kyll: Verschiedene Städte sind, wie schon bemerkt wurde, aufgefordert worden, einen Beitrag zu leisten. Die Stadt Köln gehört zu denjenigen, die der Centralstelle beigetreten sind, und zwar aus folgenden Gründen. An und für sich haben die grösseren Städte ein geringeres Interesse beizutreten; die Sache hat mehr Werth für die ganz kleinen Gemeinden, die hülfslos diesen Verhältnissen gegenüber stehen; eine grosse Gemeinde hat die Organe schon zur Verfügung, die ihr nöthig scheinen, um den Schaden, der durch die Abwasser entsteht, zu erkennen und womöglich Abhülfe zu schaffen. Die kleinen Gemeinden dagegen sind nicht in der Lage, sich die technischen Hülfskräfte, die hier unentbehrlich sind, zu beschaffen, und da ist diese Institution nützlich. Trotzdem hat Köln beschlossen, beizutragen, auf der Grundlage des Satzes von einem halben Pfennig pro Einwohner; erstens, weil man sich sagte: Es ist ein Nobile officium einer grossen Stadt; zweitens aber auch aus folgender Erwägung: Wir sind zwar der Ansicht, dass die Sache noch nicht so rasch zu Stande kommt, unsere Erkundigungen haben jedoch ergeben, dass die Regierung ganz sicher der Frage näher treten würde und sie auch zum Abschluss bringen wird. Unter den heutigen Verhältnissen vielleicht rascher als früher, denn der frühere Finanzminister hatte erklärt, er habe für die Sache nicht das Geld. Um uns eine Stimme zu sichern, sind wir beigetreten, denn eine Grossstadt wie Köln hat alles Interesse daran, dass ihre eigenen Abwasser nicht gar zu rigoros behandelt werden, ehe sie in den Rhein kommen. Die Frage, ob unser Verein beitreten soll, möchte ich im bejahenden Sinne beantworten.

Dr. Duisberg: Ich glaube, dieser Antrag ist verfrüht; die Dringlichkeit kaum ich nicht befürworten. Es ist eine heikle und schwierige Frage, der wir hier näher treten sollen; wir wissen noch nicht, wie das geplante Institut eingerichtet werden soll, ob wir überhaupt eine berathende Stimme bekommen sollen. Bekommen wir sie nicht, so haben wir 1000 Mark unnütz ausgegeben. Wenn Sie überhaupt etwas thun wollen, so schlage

ich vor, den Vorstand zu ermächtigen, dass er die Angelegenheit sorgfältig prüft und berechtigt ist, mit einem ihm geeignet scheinenden Beitrage eventuell beizutreten.

Professor Dr. Delbrück: Ich kann mich diesen Ausführungen nur anschliessen. Die geplante Centralstelle ist so umfangreich gedacht, dass ein einzelner Verein mit einem Beitrag von 1000 Mark wahrscheinlich darin verschwinden wird. Ausserdem handelt es sich dabei um zum Theil wirthschaftliche Aufgaben, und wir haben so viele andere Ausgaben zu erledigen, dass ich dagegen bin, diesen Beitrag aufzuwenden.

Dr. Goldschmidt: Mein Antrag lautete dahin, die Hauptversammlung wolle den Vorstand ermächtigen, wolle also die Befugniss in die Hände des Vorstandes legen, ich gehe also mit Dr. Duisberg einig. Wenn die Sache sich im Laufe des kommenden Jahres so weit entwickelt, so soll der Vorstand nach meiner Ansicht die Macht haben, bis zu 1000 M. jährlich dafür auszugeben. Wenn gewünscht wird, die 1000 M. zu streichen und eine beliebige Summe dem Vorstand zur Verfügung zu stellen, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Wenn wir der staatlichen Stelle in grosser Stärke beitreten, können wir verlangen, dass wir bei der Abfassung von Regulativen mit zugezogen werden, dass also einseitige Bestrebungen nicht zum Ausdruck gelangen. Die Abmachungen werden auf 5 Jahre getroffen. Sehen wir im Laufe der 5 Jahre, dass wir unsere Rechnung nicht finden, so können wir uns wieder zurückziehen.

W. Steffen: Mir scheint, dass die Frage heute noch nicht spruchreif ist und sollten wir daher die Dringlichkeit ablehnen und die Angelegenheit auf ein Jahr vertagen; tritt dann der Vorstand wohl vorbereitet an uns heran, dann können wir leichter zu einem Entschluss kommen.

Director Russig: Ich möchte Herrn Dr. Duisberg fragen, ob ihm das Wiesbadener Protocoll vom 27. März bekannt ist? -- Es heisst darin:

„Nach langerer Debatte, an der sich insbesondere noch die Herren Krell, Kulov, Brunck, Rütggers, Krämer, Weber und Wenzel beteiligten, einigte die Versammlung sich dahin, wegen Anschlusses an den zu bildenden Verein mit dem Gründungsausschuss desselben in Verhandlung zu treten und diesem vorzuschlagen, auf gemeinsame Kosten eine Versuchsanstalt, wie sie Seitens der chemischen Industrie geplant war, ins Leben zu rufen. Falls der Ausschuss geneigt sei, auf diesen Vorschlag einzugehen, so solle die chemische Industrie sich für bereit er-

klären, auf die Dauer von 5 Jahren einen Beitrag von etwa 20 000 Mark jährlich zu leisten. Dieser Beitrag soll zum Theil aus der Vereinskasse, zum grösseren Theile aber durch Heranziehung der grösseren chemischen Fabriken gedeckt werden.“

Dies wollte ich also zur Berichtigung bemerken. Dann möchte ich davor warnen, die Sache nochmals zu vertagen. Ich kann nur mein Bedauern darüber aussprechen, dass das vorige Mal aus denselben Gründen, die heute Herr Dr. Duisberg vorgebracht hat, auf der Hauptversammlung zu Hannover die Sache unter den Tisch gefallen ist. Ich fürchte, der Verein deutscher Chemiker wird schliesslich zu spät kommen und Niemand wird auf uns hören. Ich würde sehr bedauern, wenn die Arbeit, die auf Veranlassung des Hauptvereins in den Bezirksvereinen geleistet worden ist, vom Hauptverein selbst gewissermaassen vergraben werden würde. In dem Berichte des Oberschlesischen Bezirksvereins vom April v. J. heisst es unter Anderem:

„Bei der beabsichtigten provinziellen Regelung der Abwasserfrage auf dem Verordnungswege können wir uns nicht damit einverstanden erklären, dass der Oberpräsident der Provinz letzte Instanz bezüglich der Abwasserfrage ist; vielmehr halten wir die Schaffung einer Landescentralbehörde für nothwendig, an welche ein Recurs gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten möglich ist, eine Forderung, welche seitdem in Erfüllung gegangen ist durch die Beauftragung des Reichsgesundheitsrathes mit diesen Aufgaben.“

Wir haben auch schon damals anheimgestellt, was heute der Antrag Goldschmidt auf Beteiligung an der neuen Einrichtung der staatlichen Centralstelle bezweckt, als wir schrieben: „Es wäre nun eine dankenswerthe Aufgabe für den Verein deutscher Chemiker, wenn er Fühlung nehmen wollte mit jenen grossen wirthschaftlichen Vereinigungen, welche die Abwasserfrage vom Standpunkt des grösseren wirthschaftlichen Interesses der Industrie seit Jahren behandelt haben, um mit denen gemeinsam durchzusetzen, dass diese Industriegewässer bis zu ihrer Mündung in ein grosses gesundes Gewässer als diesen Anforderungen nicht unterliegend erklärt werden.“

Die Anträge sind damals nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden und heute soll die Frage leider wieder vertagt werden.

Dr. Goldschmidt: Wenn wir den Vorstand ermächtigen, die 1000 M. vorläufig für

die Angelegenheit bereit zu halten, so hat der Vorstand Zeit und Gelegenheit, zu verhandeln und zuzugreifen, wenn er es für nötig findet. Berichtet er im nächsten Jahre, wir haben das Geld bislang nicht verwendet oder die Summe muss erhöht werden, so werden wir dementsprechend neu zu beschliessen haben.

Dr. Duisberg: Wir sind auf dem besten Wege, uns um wirthschaftliche Dinge zu kümmern, und ich halte dies für eine grosse Gefahr für unseren Verein. Das war das Hauptmotiv, das mich im vorigen Jahr veranlasst hat und auch in diesem Jahre wieder veranlasst, eine zurückhaltende Stellung einzunehmen; wir sind kein wirthschaftlicher Verein, dafür ist der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie da. Da nun alle chemischen Industriellen, die die Sache angeht, in diesem uns befreundeten Verein vertreten sind und ihre Interessen dort in bester Weise gewahrt werden, so sehe ich nicht ein, warum wir im Verein deutscher Chemiker auch noch diese heikle Frage behandeln sollen.

Ich frage aber auch, warum sollen wir als Verein deutscher Chemiker einer preussischen Centralstelle Geld geben, warum sollen wir in unseren nicht strotzenden Geldbeutel greifen, um dem Racker von Staat, der die besten Finanzen hat, um Preussen Geld zur Verfügung zu stellen? Dieses System, das hier wieder eingeführt wird, sollten wir nicht unterstützen. (Bravo.)

Dr. Goldschmidt: Auch ich bin der Ansicht, dass wir unter allen Umständen die Freundschaft mit dem Verein zur Wahrung der Interessen pflegen und nicht in sein Gebiet übergreifen sollen. Das ist aber mit unserem Antrag keineswegs beabsichtigt, es kann aber doch vorkommen, dass auch wir Interesse haben auf dem Gebiet, das jener Verein pflegt, dann berühren sich eben unsere Interessen. Wenn Herr Dr. Duisberg sagt, die Abwasserfrage ist eine wirthschaftliche Frage und wir haben kein wirthschaftliches Ziel im Auge, so hätten wir einen grossen Fehler begangen, dass wir uns schon seit vielen Jahren mit der Abwasserfrage beschäftigen. Wir beschäftigen uns auch mit der Patentgesetzgebung. Auch damit beschäftigt sich der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und wir sind bisher immer, ohne mit ihm zu collidiren, Hand in Hand gegangen.

Mit Dr. Duisberg stimme ich weiter überein, dass ich sage, das Prinzip, dass der preussische Staat sich bei jedem allgemeinen Zweck von Interessenten einen Beitrag geben lässt, finde ich scheusslich, aber

es besteht nun einmal, wir müssen mit der Thatsache rechnen, dass die Centralstelle auf dieser Basis entsteht und gross wird, und es fragt sich für uns nur: Liegt es in unserem Interesse, uns an der Angelegenheit zu betheiligen oder nicht? Kommen Sie zu der Überzeugung, es liegt nicht in unserem Interesse, dann vertagen Sie den Antrag nicht, sondern lehnen ihn einfach ab. Kommen Sie zu der Überzeugung, es wäre für unseren Verein doch von Interesse, in dem Beirath der Centralstelle vertreten zu sein, so schieben Sie die Sache nicht so lange auf, sondern geben dem Vorstand die gewünschte Ermächtigung. Dass der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen sehr grossen Gebrauch machen wird, dafür sorgt schon Herr Dr. Duisberg.

Wenn hervorgehoben wurde, dass 5 Jahre eine lange Zeit sei, so muss in Betracht gezogen werden, dass überhaupt nur Beiträge für 5 Jahre angenommen werden; die Arbeitsperiode auf einem derartigen grossen Gebiete ist so gross, dass unter dieser Zeit nichts zu machen ist.

Dr. Wimmer: Ich schliesse mich den Ausführungen des Herrn Dr. Duisberg vollständig an und meine, weil es sich um eine rein wirthschaftliche Frage handelt, dass der Verein deutscher Chemiker sich mit dieser Angelegenheit nicht weiter zu befassen hätte, als die wissenschaftlichen Interessen und die Interessen des Standes gehen. Wenn Herr Dr. Goldschmidt meint, der Verein deutscher Chemiker werde sich eine gewisse Macht an dieser Centralstelle verschaffen können, so glaube ich das nicht, ebensowenig wie wahrscheinlich die Städte, die sich für die Betheiligung entschlossen haben, ihre Interessen in hervorragendem Maasse an dieser Stelle werden wahren können.

Hofrath Dr. Caro: Ich möchte mich auch gegen den Dringlichkeitsantrag aussprechen. Erstens, weil die ganze Frage thatsächlich noch nicht reif ist für eine summarische Behandlung, wie sie morgen in der Hauptversammlung geboten sein würde; das wäre auch nach meiner Überzeugung ein Sprung ins Dunkle. Zweitens: die Betheiligung an dem neuen Centralinstitut erscheint mir wesentlich als eine Frage wirthschaftlicher Natur. Die Abwasserfrage hat zwei Seiten, eine wirthschaftliche und eine wissenschaftliche; an der wirthschaftlichen Seite werkthätig mitzuwirken, steht meiner Ansicht nach nur den wirklichen Interessenten zu; zu diesen gehört aber unser Verein als solcher nicht, wenn auch viele Interessenten unserem Vereine angehören. Die wissenschaftliche Seite der Frage zu fördern, einschlägige Untersuchungen zu

veranlassen, Preisaufgaben über die chemische Behandlung und Unschädlichmachung der Abwässer zu stellen u. s. w., das würde eine Aufgabe für unseren Verein sein können. Ich würde einverstanden sein, wenn Sie dafür eine bestimmte Summe aussetzen wollten. Aber ich empfehle auch, überlassen Sie es dem Vorstand, dass er die Frage noch eingehender prüft; und sollte er zu der Überzeugung kommen, dass Gefahr im Verzuge ist, so wird der Vorstand nicht säumen, die nöthigen Schritte zu thun, um unserem Verein den gebührenden Anteil an den Arbeiten der Centralstelle zu sichern; dann wird jedenfalls im nächsten Jahre die Hauptversammlung dem Vorstande Indemnität ertheilen, wenn er nachweist, dass er in einer Nothlage sich befand und selbständig handeln musste. Wenn wir den Antrag, der in der Fassung des Herrn Dr. Duisberg ziemlich unverfänglich klingt, annehmen, so liegt darin doch immerhin eine unabweisbare Aufforderung an den Vorstand, sich mit einem Beitrag zu betheiligen, und es wird ihm nur freigestellt, zu erwägen, ob er 500 oder 600 bis höchstens 1000 Mark zur Centralstelle beisteuern soll. Ich bitte Sie, den Vorstand nicht in eine solche Lage zu versetzen.

Dr. Goldschmidt: Ich möchte einen Absatz aus einem Briefe verlesen, den der Cultusminister an den Baurath Herzberg geschrieben hat:

„Lege auch ganz besonderen Werth auf die Mitwirkung praktisch thätiger erfahrener Sachverständiger aus Interessentenkreisen und erkläre mich bereit, denselben einen angemessenen Einfluss bei entsprechender finanzieller Beteiligung zu gewähren; auch würde ich bereit sein, etwaige Wünsche aus mitwirkenden Kreisen schon bei der Einrichtung der Anstalt zu berücksichtigen.“

Es ist nicht gesagt, dass nun für je 1000 oder 10 000 M. Beitrag eine Stimme gewährt werden solle, da wird man sich wohl die Vereine und ihre Bedeutung ansehen. Das ist auch der Grund, weshalb ich möchte, dass nicht die 1000 M. von der Hauptversammlung zur Verfügung gestellt werden, sondern dem Vorstand überlassen sehen möchte, ob es ihm möglich ist, durch seinen Einfluss eine angemessene Beteiligung zu erreichen. Sollte es nicht möglich sein, so wird man natürlich kein Geld dafür ausgeben. Es liegt in der Absicht, dass diese Anstalt Analysenmethoden und Bestimmungsmethoden feststellen soll; da wäre für unseren Verein eine Gelegenheit, mitzuwirken, und diese Gelegenheit werden wir aufgeben, wenn wir uns nicht beteiligen. Ich bitte daher nochmals, die Dringlichkeit zu beschliessen.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen, die für die Dringlichkeit des Antrages sind, aufzustehen.

Die Dringlichkeit wird gegen 2 Stimmen abgelehnt.

g) Anfrage der Normal-Aichungskommission.

Vorsitzender: Da wir auch hierüber morgen einen Bericht des Geschäftsführers hören werden, so können wir wohl heute darauf verzichten.

h) Bericht der Patentcommission.

Dr. Duisberg: Eine Patentcommission existiert zwar, sie hat aber noch nicht getagt. In Folge dessen kann auch ein Bericht noch nicht erstattet werden. Sie ist leider viel zu spät, nämlich erst nach der letzten Vorstandssitzung in Kassel, berufen worden. Nun sollte sie mit aller Eile, noch vor dem zu Köln tagenden Congress für gewerblichen Rechtsschutz, in Thätigkeit treten. Der Vorsitzende unseres Vereins war damals nicht in der Lage, den Vorsitz zu übernehmen. Herr Hofrath Caro war ebenfalls verhindert, dann bekam ich ein Telegramm, das mich an der Riviera erreichte, wo ich meinen Urlaub verbrachte; ich konnte mich also auch nicht beteiligen. Als ich dann von der Reise zurückkam, war noch nichts geschehen. Ich bat daher Herrn Dr. Klöppel, der zum Mitglied der Patentcommission ernannt worden war, mit mir zusammen die Grundlage für eine Commissionsberathung festzustellen. Wir entwarfen ein diesbezügliches Schriftstück und liessen es bei allen Mitgliedern der Commission mit der Bitte um Kritik und zur Ergänzung circuliren. Die meisten Herren haben zustimmend geantwortet, nur Herr Dr. Diehl und Herr Dr. E. Erdmann haben seltsamerweise erwidert, dass, weil die Commission überhaupt noch nicht geschäftsordnungsmässig einberufen sei und noch nicht getagt, wir kein Recht hätten, uns zu äussern. Ich glaube, diese beiden Herren haben unsere gute Absicht total missverstanden; wir haben uns nicht angemässt, die berufenen Vertreter dieser Commission zu sein, wir haben nur die Sache vorbereiten, unnöthige Reisen vermeiden und damit dem Verein Geld ersparen wollen. Die beiden Herren haben ausserdem geäussert, es habe jetzt, nachdem der Congress für gewerblichen Rechtsschutz in Köln getagt, überhaupt keinen Zweck mehr, die Patentfrage zu behandeln. Dass diese Ansicht grundfalsch ist, bedarf kaum des Beweises. Der Congress für gewerblichen Rechtsschutz kann Beschlüsse fassen, die denjenigen unseres Vereins diametral gegenüberstehen, damit sind die ersteren

nicht richtiger wie die letzteren. Auch sind die Beschlüsse des Rechtsschutz-Congresses, so sehr ich sie achte, durchaus nicht bestimmend, sondern der Reichstag und der Bundesrath treffen bei der wahrscheinlich erst nach vielen Jahren stattfindenden Reform des deutschen Patentgesetzes die Entscheidung. Also für unsere Commission ist noch Zeit genug. Auf dem letzten Congress für gewerblichen Rechtsschutz hat nun schon eine lebhafte Discussion unter den dort anwesenden Chemikern über manche wichtige Frage stattgefunden und Klärung ist erfolgt. Es ist daher gerade jetzt die beste Zeit, in eine Behandlung der Patentangelegenheit einzutreten.

Im Übrigen haben die Herren die von uns aufgeworfene Frage ablehnend behandelt, so dass zur Zeit das Verhältniss so liegt, dass eine Sitzung noch nicht stattgefunden hat und wir deshalb Sie bitten möchten, dass Sie überhaupt davon absehen, einen Bericht der Commission morgen entgegenzunehmen, dass aber andererseits die Commission beauftragt wird, und zwar vom Vorstandsrath, nunmehr in eine weitere Behandlung der Angelegenheit einzutreten, und zwar auf der Basis von Vorschlägen, die die einzelnen Mitglieder zu machen hätten.

Dr. Erdmann: Den Antrag des Herrn Dr. Duisberg kann ich nur unterstützen. Am 26. März d. J. bekam ich die Mittheilung, dass ich zum Mitglied der Patentcommission ernannt worden wäre, mit der gleichzeitigen Anfrage, ob ich bereit sei, in der Osterwoche an einer Commissionsitzung theil zu nehmen. Obwohl ich mich sofort dazu bereit erklärte, ist diese angekündigte Sitzung nicht einberufen worden. Ich halte es für bedauerlich, dass dem Verein keine Gelegenheit gegeben worden ist, vor dem Kölner Congress für gewerblichen Rechtsschutz Stellung zu nehmen zu den Fragen, die dort verhandelt wurden.

Dr. Duisberg: Das hätten wir nicht gekonnt; wir hätten nicht als Patentcommission des Vereins deutscher Chemiker in Köln Stellung nehmen können, da wir hierzu von der Hauptversammlung nicht ermächtigt waren. Commissionsbeschlüsse sind aber auch nicht maassgebend für die Stellungnahme des Vereins.

Vorsitzender: Sind die Herren einverstanden, dass die Sache vertagt wird? (Allgemeine Zustimmung.)

9. Antrag des Bezirksvereins Berlin.

Vorsitzender: Der Antrag des Bezirksvereins Berlin lautet:

Der Kasse der Bezirksvereine sollen für jedes Mitglied, das erst während der zweiten Hälfte eines Vereinsjahres in den Verein eintritt und den halben Jahresbeitrag von 10 M. dann zur Kasse des Hauptvereins zahlt, 1,50 M. zurückerstattet werden.

Dr. Lange: In Satz 7 unserer Satzungen heisst es: Der jährliche Beitrag beträgt 20 M.; ferner wird gesagt: „Er kann auch halbjährlich bezahlt werden“. Es hat sich nun die Praxis eingeführt, dass die Herren, die nach dem ersten Juli eintreten, überhaupt nur 10 M. bezahlen. Nun sagt ein anderer Absatz des § 7: Der Kasse der Bezirksvereine werden für jedes Mitglied jährlich 3 M. von dem Jahresbeitrag zurückgestattet. Der Vorstand hat nun bisher daran festgehalten, nur vom Jahresbeitrag, nicht aber von etwaigen Halbjahresraten eine Erstattung an die Bezirksvereine eintreten zu lassen. Ich bin mir bewusst, dass die ganze Frage meist von geringer Bedeutung ist. Wir sind aber der Meinung, dass es sich hier um eine principielle Frage handelt, und diese möchten wir erledigt sehen. Wir sagen uns: Wenn nur die drei Mark Jahresbeiträge der Mitglieder an die Bezirksvereine erstattet werden sollen, so hat auch der Geschäftsführer nicht das Recht, einen halben Jahresbeitrag einzuziehen, sondern muss stets beide Halbjahresbeiträge einzuziehen. Bedeutung kann die Frage da erlangen, wo es sich um die Begründung eines neuen Bezirksvereins handelt, wo man noch im Laufe des Jahres wirbt und wo viele Mitglieder im zweiten Halbjahr gewonnen werden. Ich bitte Sie daher unseren Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Seit einer Reihe von Jahren werden unsere Satzungen so ausgelegt, dass ein halbjährlicher Beitrag gezahlt werden kann von Mitgliedern, die in der zweiten Hälfte des Jahres eintreten. Der Vorstand empfindet es daher als billig, dass dann die 1,50 M. dem Bezirksverein zurückbezahlt werden. Wir empfehlen deshalb den Antrag des Bezirksvereins Berlin und wünschen dem Bezirksverein recht grossen Erfolg (Heiterkeit). Hat Jemand gegen den Antrag etwas einzubwenden? Da es nicht geschieht, so erkläre ich den Antrag für angenommen.

[Schluss folgt.]